

# roinfo

*Tiroler Raumordnung und Regionalentwicklung*

Heft 27 · Juli 2004

4 ..... Die Zukunft des ländlichen Raums

7 ..... Die Zukunft der Regionalpolitik

10 .. .Revitalisierung der Ortskerne

12 ..... Breitband-Internet

16 ..... Naturpotentiale  
Alpiner Berggebiete

18 ..... Statistik aktuell

20 .. .Mobilitätsforschung  
im Innsbrucker  
Umland

24 ... Die Gewinnung von  
mineralischen  
Gesteinsrohstoffen

28 ... Die Plangrundlagen- und  
Planzeichenverordnung 2004



**tirol** *Unser Land.*

Amt der Tiroler Landesregierung

# inhalt themen

- 3 Herausgeberbrief Franz Rauter
- Raumordnungs- und Regionalpolitik**
- 4 Die Zukunft des ländlichen Raums in Tirol EU-Komm. Franz Fischler
- 7 Die Zukunft der Regionalpolitik in Tirol LH Herwig van Staa
- 10 Revitalisierung der Ortskerne – eine Chance für Tirol LR Anna Hosp
- Im Brennpunkt**
- 12 Breitband-Internet als Instrument der Regionalentwicklung Carola Jud,  
Robert Schuchter
- Regionalentwicklung**
- 16 Naturpotentiale Alpiner Berggebiete Kurt Ziegner
- Grundlagen der Raumordnung**
- 18 Statistik aktuell Manfred Kaiser
- Koordination in der Raumordnung**
- 20 Mobilitätsforschung im Innsbrucker Umland als Grundlage für Entscheidungen im Verkehrsbereich Jörg Angerer,  
Ekkehard Allinger-Csollich
- Überörtliche Raumordnung**
- 24 Die Gewinnung von mineralischen Gesteinsrohstoffen in Tirol Hermann Knoflach
- Örtliche Raumordnung**
- 28 Die Plangrundlagen- und Planzeichenverordnung 2004 Hubert Höpperger
- Kurzmeldungen**
- 9 Resolution der Arbeitsgemeinschaft der Alpenländer zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Daseinsvorsorge
- 15 **Statistik aktuell:** Gebäude und Wohnungen in Tirol
- 18 **Statistik aktuell:** 91 Prozent der Beschäftigten sind Pendler
- 19 **Statistik aktuell:** Erhebung der Freizeitwohnsitze in den Tiroler Gemeinden
- 23 Strategische Umweltprüfung (SUP) in der Raumordnung
- 27 Regionalentwicklung Bezirk Imst
- 30 Bearbeitungsstand der Örtlichen Raumordnungskonzepte und der Flächenwidmungspläne

IMPRESSUM - *Medieninhaber (Verleger):* Amt der Tiroler Landesregierung, 6020 INNSBRUCK. *Schriftleitung:* Dipl.-Ing. Manfred Riedl. *Für den Inhalt verantwortlich:* Mag. Franz Rauter, Abteilung Raumordnung - Statistik, Michael-Gaismair-Straße 1, 6020 INNSBRUCK, Tel. 0512/508-3602, Fax 0512/508-3605, E-Mail: raumordnung.statistik@tirol.gv.at *Layout:* John Walton, Fa. Graphik & Arts Studio, 6071 ALDRANS. *Umbruch und technische Abwicklung:* Gerhard Hahn. *Druck:* Landeskanzleidirektion, Landhaus, 6020 INNSBRUCK.

RO-Info erscheint 2 mal jährlich. Einzelhefte oder Abo können schriftlich beim Amt der Tiroler Landesregierung, Abteilung Raumordnung-Statistik, Michael-Gaismair-Straße 1, 6020 INNSBRUCK, Fax 0512/508-3605, E-Mail: raumordnung.statistik@tirol.gv.at bestellt werden. *Kostenersatz:* Einzelheft Euro 3,63 -, Abo-Preis für 2 Hefte Euro 7,26 -;

*Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz:* Medieninhaber Land Tirol. Erklärung über die grundlegende Richtung: Information über Angelegenheiten der Raumordnung.



Kofinanziert aus den Mitteln des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung

## Liebe Leserinnen und Leser!

Als wir anlässlich der Vorbereitung von RO-Info 27 die Bitte an EU-Kommissar Dr. Franz Fischler richteten, uns einen Beitrag zum Thema „Die Zukunft des ländlichen Raums in Tirol“ zur Verfügung zu stellen, waren wir auf die Reaktion schon sehr gespannt. Es hat uns daher „ganz sakrisch“ gefreut, als dieser Artikel bei uns eintraf. Herzlichen Dank, Herr Kommissar!

Der Zeitpunkt, sich mit diesem Thema zu befassen, könnte passender nicht sein: Im vergangenen November hat Kommissar Fischler anlässlich der Konferenz über ländliche Entwicklung in Salzburg seine Vorstellungen über eine künftige ländliche Entwicklungspolitik vorgestellt und auf breiter Basis diskutiert.

Anfang heurigen Jahres hat die Europäische Kommission den 3. Kohäsionsbericht vorgelegt und darin konkrete Vorschläge für die Schwerpunkte der Europäischen Kohäsionspolitik in der Periode 2007 bis 2013 geäußert.

Wir stecken also mitten drin in einer umfassenden Reformdiskussion und es werden heuer noch weitreichende Weichenstellungen erfolgen.

Bei kaum einem anderen Thema ist „Brüssel“ den BürgerInnen und den Regionen so nah wie bei der Agrar- und bei der Regionalpolitik. Was auf europäischer Ebene geschieht, hat auch Konsequenzen für unser Land. Die Reformdiskussion gibt daher Anlass, über die Weiterentwicklung der Regionalpolitik in Tirol intensiv nachzudenken. Landeshauptmann DDr. Herwig van Staa geht in seinem Beitrag auf die diesbezüglich notwendigen Schwerpunktsetzungen ein.

Mit ländlicher Entwicklung „live“ befasst sich Landesrätin Dr. Anna Hosp, die sich die Revitalisierung der Ortskerne als einen ihrer raumordnungspolitischen Schwerpunkte gesetzt hat und mit Energie an der Umsetzung arbeitet.

Die Ausführungen zur Regional- und Raumordnungspolitik finden ihre Ergänzung in einer bunten Palette von Fachbeiträgen.

Mag. Carola Jud und Dipl.-Ing. Robert Schuchter zeigen auf, dass das Breitband-Internet mehr und mehr zur infrastrukturellen Grundausstattung auch von ländlichen Regionen gehört und so ein nicht zu unterschätzendes Instrument der regionalen Entwicklung bildet.

Das INTERREG IIIB-Programm „Alpenraum“ und die INTERREG IIIC-Programme animieren dazu, komplexe Fragestellungen in transregionaler und transnationaler Zusammenarbeit zu bearbeiten und aus diesem Wissens- und Erfahrungsaustausch wechselseitig Nutzen zu ziehen. Das Projekt „Naturpotenziale alpiner Berggebiete“, das uns Dipl.-Ing. Kurt Ziegner von der Landesforstdirektion kurz vorstellt, ist ein gutes Beispiel dafür.

Raumordnung und Raumplanung sollen an Fakten anknüpfen. Die Statistik Austria hat nunmehr die Ergebnisse der Häuser- und Wohnungszählung und der Berufspendler aus den Großzählungen 2001 veröffentlicht. Mag. Manfred Kaiser gibt einen Überblick über wesentliche Ergebnisse.

Auch wenn uns in Bezug auf Verkehrsfragen die Transitproblematik besonders „im Magen“ liegt, dürfen wir nicht übersehen, dass ein sehr beträchtlicher Teil des Verkehrsgeschehens „hausgemacht“ ist. Insbesondere in den Zentralräumen Tirols, und hier wiederum vor allem im Großraum Innsbruck sind die Bewältigung des Ziel- und Quellverkehrs und in diesem Zusammenhang die Stärkung des Öffentlichen Personennahverkehrs wichtige Anliegen. Land Tirol und Stadt Innsbruck haben in einer gemeinsam durchgeführten Mobilitätsanalyse eine wichtige Grundlagenarbeit für diesen Themenbereich erstellt. Dipl.-Ing. Ekke-

hard Allinger-Csollich und Mag. Dipl.-Ing. Jörg Angerer, beide von der Abteilung Gesamtverkehrsplanung, stellen wesentliche Ergebnisse vor.

In der überörtlichen Raumordnung ist eine Reihe von Projekten angelaufen, die uns in nächster Zeit auch reichlich Stoff für die Berichterstattung in RO-Info liefern werden.

Eines davon, das neue Rohstoffkonzept, wird in Bälde von der Landesregierung beschlossen. Dr. Hermann Knoflach stellt es in seinen fachlichen Grundzügen vor.

Für die Handhabung der örtlichen Raumordnung ist die Plangrundlagen- und Planzeichenverordnung eine wesentliche Arbeitsgrundlage. Auf Grund der Erfahrungen der letzten Jahre wurde diese nun novelliert. Bisherige Probleme bei der Darstellung verschiedener Sachverhalte wurden damit bereinigt. Dipl.-Ing. Hubert Höpperger stellt die Schwerpunkte dar.

In der Hoffnung, dass auch Sie im neuen RO-Info wieder Interessantes entdecken, grüßt Sie herzlich



Ihr Franz Rauter



# Die Zukunft des ländlichen Raums in Tirol

EU-Kommissar Dr. Franz Fischler

*Die Europäische Union steht zu einer flächendeckenden Landwirtschaft – und dies nicht nur in Gunstlagen. Die Europäische Gemeinschaft steht aber auch für die Erhaltung der ländlichen Räume als Lebens-, Wirtschafts- und Erholungsraum ein. Dies bedeutet, dass zukünftig wirtschaftliche Interessen verstärkt mit ökologischen Erfordernissen in Einklang gebracht werden müssen.*



Wenn hier über die Zukunft des ländlichen Raums in Tirol nachgedacht werden soll, so sollten wir uns doch auch in Erinnerung rufen, dass dieses Tirol, einst als Armenhaus der Monarchie bezeichnet, heute eine sehr reiche Region Europas ist.

Der Fleiß der Menschen, aber auch eine gute und weitsichtige Politik, haben diese eindrucksvolle Entwicklung ermöglicht. Sehr früh schon wurde in Tirol der Entwicklungsschwerpunkt auf Tourismus gelegt, ohne jedoch die Land- und Forstwirtschaft, das kleine und mittlere Gewerbe und auch die Industrie zu vernachlässigen.

Tirol ist aufgrund seiner geographischen Lage als Berggebiet zwischen Italien und Deutschland besonderen Herausforderungen ausgesetzt.

Prägendes Element der Täler in Tirol ist noch immer eine vielfältig strukturierte bäuerliche Land- und Forstwirtschaft. Die Landwirtschaft als Nahrungslieferant und Gestalter der Kulturlandschaft, die bäuerliche Gesellschaft als Träger einer funktionierenden Dorfkultur haben nicht nur in der Vergangenheit ihre Bedeutung gehabt, sondern stellen auch heute noch die Grundlage für eine gedeihliche Entwicklung der ländlichen Regionen dar.

## Europäische Regionalentwicklung

Aber lassen Sie mich nochmals auf den EU-Beitritt Österreichs zurückblicken. Tirol ist nun bereits das 10. Jahr als Region in das Europa der 15 Staaten eingebunden. Wenn man den Statistiken und den Aussagen der Verantwortlichen glauben darf, war dies eine sehr erfolgreiche Periode. Der Einfluss der Europäischen Union hat sich sehr positiv auf die Entwicklung der ländlichen Räume in Tirol ausgewirkt.

Über verschiedene EU-Programme wurden in den letzten 10 Jahren ca. 600 Millionen Euro EU-Gelder in Tirol ausgegeben! Zusammen mit der nationalen Kofinanzierung durch Bund und Land Tirol bedeutet dies etwa 1 Milliarde Euro öffentlicher Gelder für Tirol. Gelder, die einerseits für erbrachte Leistungen in der Landwirtschaft bezahlt und andererseits für Investitionen in Struktur- und Bildungsmaßnahmen in den Regionen ausgegeben wurden. Damit wurden in ländlichen Regionen Betriebe und Arbeitsplätze gesichert. Besonders im landwirtschaftlichen Bereich hat sich gezeigt, dass das prognostizierte Bauernsterben mit dem EU-Beitritt nicht stattgefunden hat, sondern im Gegenteil die Abwanderung aus der Landwirtschaft stark gebremst wurde.

Die europäischen Programme haben dazu beigetragen, dass die Regionen aufgewertet und verstärkt in den Prozess

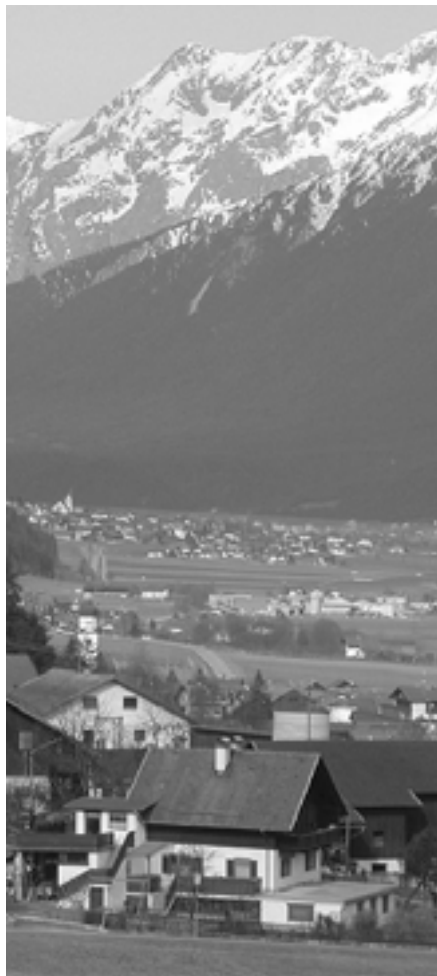
### EU- Fördermittel für Tirol

Programme und Initiativen	EU-Geld in Mio. Euro	EU + Nationale Mittel in Mio. Euro
Ländliche Entwicklung	188,0	370,0
Marktordnung	88,0	88,0
LEADER+	4,8	9,2
Ziel 2	28,0	40,0
INTERREG	8,0	16,0
Ziel 3 (Arbeitsmarkt)	15,6	30,0
Innovative Aktionen	1,5	2,4
EQUAL	6,4	13,0
<b>Gesamt 2000-2004</b>	<b>332,4</b>	<b>568,6</b>
<b>Gesamt Periode 1995 - 1999</b>	<b>147,5</b>	<b>758,0</b>
<b>EU Gelder 1995 - 2004</b>	<b>600,4</b>	<b>995,6</b>

Mit den Zahlen für sonstige kleinere Programme und Aktivitäten in Tirol kommt man auf eine Summe von über 600 Mio. Euro EU-Gelder für die Periode von 1995-2004!

der Regionalentwicklung eingebunden wurden. Um diese Programme und die damit verbundenen finanziellen Mittel entsprechend nutzen zu können, bedurfte es einerseits guter Strukturen auf der Verwaltungsebene und andererseits aber auch Interesse und Engagement bei der Bevölkerung.

Die LEADER-Initiative ist hier ein sehr gutes Beispiel für eine solche „Entwicklung von unten“. Menschen aus verschiedenen Sektoren tun sich zusammen, um mit neuen Ideen und viel Engagement Zukunft in ihren Regionen zu gestalten. Unsere INTERREG-Initiative geht bereits einen Schritt weiter und versucht diese Zusammenarbeit über Regions- und sogar Ländergrenzen hinweg zu fördern. In beiden Programmen steht natürlich auch Geld zur Verfügung, aber das Wichtige dabei ist der Lernprozess, der mit „Strategische Orientierung, mehrjährige Schwerpunktsetzung und gemeinsames Handeln“ umschrieben werden kann.



## Die Herausforderungen der Zukunft annehmen

*Heute müssen wir uns fragen, wie unser Tirol in 10-20 Jahren aussehen soll, und heute müssen wir dafür die richtigen Antworten geben bzw. Entscheidungen treffen.*

Vieles wurde in den letzten Jahren erreicht, aber die Entwicklung schreitet rasant voran und Fragen der Lebensqualität treten immer stärker in den Vordergrund. Der Abbau öffentlicher Dienstleistungen, die Schließung von Banken, Spitälern, Schulen und sonstigen Bildungseinrichtungen trifft in erster Linie ländliche Regionen. Die Frage der Aufrechterhaltung einer minimalen Grundversorgung und einer minimalen Infrastruktur für abgelegene ländliche Räume, die Problematik, dass sich junge Menschen in Tirol in ihren Gemeinden kaum mehr einen Baugrund leisten können, all dies sind Fragen, die Antworten verlangen.

### Breite wirtschaftliche Entwicklung

Kooperationen zwischen den verschiedenen Sektoren und Zusammenarbeit auf Gemeinde- und Landesebene müssen forciert werden. Wir müssen verstärkt beginnen in einem größeren Rahmen zu denken und es muss uns gelingen die Bevölkerung mehr und mehr in ihre eigene Zukunft zu involvieren. Eine Zukunft, die einerseits von der Wirtschaftsentwicklung in Europa, in der Welt und im Falle Tirols auch stark von der Wirtschaftsentwicklung in Deutschland abhängt. Besonders im Tourismusbereich sehen wir sehr deutlich, dass unser Wohlstand sehr konjunkturabhängig ist bzw. durch Elementarereignisse wie Naturkatastrophen und Terroranschläge leicht gefährdet werden kann.

Daher ist es besonders wichtig, dass neben dem Tourismus auch andere Sektoren wie Handwerk, Industrie und Land- und Forstwirtschaft weiterhin gleichwertig in die Zukunftsplanung des Landes miteinbezogen und nicht vernachlässigt werden. Nebenerwerbsmöglichkeiten für Bauern in einer zumutbaren Entfernung

sind für die Weiterführung der landwirtschaftlichen Betriebe und somit für die Erhaltung der Kulturlandschaft unbedingt notwendig.

### Regionale Zusammenarbeit als Chance

Bei aller Betonung der Eigenständigkeit der ländlichen Region kann keinesfalls von einer Beziehungslosigkeit zwischen Stadt und den ländlichen Räumen gesprochen werden. In dieser Frage ist natürlich ganz besonders die Raumordnung gefordert, um im Einvernehmen mit der Bevölkerung neue Wege zu gehen. Kann und muss jede Gemeinde „alles“ bekommen oder sollten bestimmte Aufgaben nicht vermehrt von urbanen Zentren übernommen werden? Wir müssen den Menschen in den Dörfern und Gemeinden klarmachen, dass bestimmte Leistungen nur mehr in regionalen Zentren angeboten werden können. Solche urbane Kleinzentren in alpinen Räumen, wie zum Beispiel Landeck, werden zukünftig zusätzliche Aufgaben übernehmen bzw. Leistungen anbieten und somit verstärkt das Rückgrat der alpinen Täler bilden.

Eine solche Umorientierung in der Raumplanung verlangt aber auch ein Umdenken in der Finanz- und Steuerpolitik. Es kann nicht sein, dass einige Gemeinden den Lärm, den Schmutz und den Abfall haben, während andere Gemeinden den Gewinn einstreifen. Hier muss in einem größeren Rahmen gedacht werden, hier müssen Regionen als Ganzes betrachtet werden und hier muss auch über das Thema „Interkommunaler Finanzausgleich“ nachgedacht werden. Eine solche Entwicklung verlangt aber auch Solidarität. Solidarität, wie wir sie auf europäischer Ebene zwischen den reicheren und ärmeren Ländern praktizieren, muss es auch auf regionaler



Ebene geben. Es darf nicht immer der Stärkere und Schnellere meist auf Kosten des Schwächeren und Langsameren gewinnen, sondern wir brauchen ein Miteinander, ein Mitnehmen auf den Weg in eine gemeinsame Zukunft.

### Zukünftige Ausrichtung der EU-Regionalpolitik

Die Europäische Union fördert den Abbau wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheiten und sieht für die Periode 2006-2013 dafür auch einen eigenen Schwerpunkt „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ (aktuell Ziel II und Ziel III) in der Strukturpolitik vor. INTERREG soll in einen neuen Schwerpunkt „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ übergeführt und auch finanziell ausgebaut werden. Das Programm LEADER soll zukünftig in das Programm „Ländliche Entwicklung“ integriert werden. Im letztgenannten Programm soll es

einen eigenen Schwerpunkt „Steigerung der Lebensqualität und Förderung der wirtschaftlichen Diversifizierung durch Maßnahmen für den Agrarsektor und andere Akteure im ländlichen Raum“ geben.

Am 1. Mai 2004 ist die Europäische Union auf 25 Mitglieder angewachsen. Dies bedeutet aber auch neue finanzielle Herausforderungen für das EU-Budget. Die Europäische Kommission ist sich aber auch bewusst, dass trotz Erweiterung genügend Gelder für eine kontinuierliche Weiterentwicklung der Regionen in den Staaten der EU-15 reserviert werden müssen. Es wird auch vorgeschlagen, für geographisch dauerhaft benachteiligte Gebiete den Gemeinschaftsbetrag zu erhöhen.

Ohne den nationalen Stellen vorgreifen zu wollen, können wir davon ausgehen, dass auch in der nächsten Periode für Tirol genügend Geld für notwendige regionale Entwicklungsakzente zur Verfügung stehen wird.

### Die Europäische Union ist Wegbereiter

Die EU schafft durch bestimmte Verordnungen die Rahmenbedingungen für eine gemeinschaftliche Entwicklung, die EU setzt Solidarität durch die Verteilung von finanziellen Mitteln auf europäischer Ebene um, die EU forciert durch ihre Programme Zusammenarbeit und Kooperationen und die EU möchte mit der Schaffung von Netzwerken zukünftig vermehrt zu einem Austausch von Erfahrungen und Ideen beitragen.

Lassen Sie mich mit einem Zitat von Erwin Ringel, welches sehr einfach die Basis einer nachhaltigen Regionalentwicklung beschreibt, enden:

„Es geht nicht NEBENEINANDER, es geht schon gar nicht GEGENEINANDER, es geht nur MITEINANDER!“

<http://europa.eu.int/comm/commissioners/fischler/>



# Die Zukunft der Regionalpolitik in Tirol

Landeshauptmann DDr. Herwig van Staa

*In einer Zeit des geeinten Europa, des globalen Wettbewerbes, rapider technologischer Entwicklungen und weitreichender gesellschaftlicher Veränderungen entsteht für die Regionalpolitik auch in Tirol ein neues, raschem Wandel unterliegendes Umfeld, sind neue Herausforderungen zu bewältigen.*



Die Entwicklungspolitik in Tirol war stets auch maßgeblich von der Obsorge um eine regional ausgewogene Entwicklung getragen. Für Alt-Landeshauptmann Eduard Wallnöfer war „das Herausführen benachteiligter Gebiete aus dem Schatten der Konjunktur“ ein Herzensanliegen. Das Tiroler Raumordnungsgesetz nennt das Streben nach möglichst gleichwertigen Lebensbedingungen in allen Landesteilen als einen der zentralen Grundsätze der Landesentwicklung.

Ich bin überzeugt, dass Regionalpolitik ein unverändert wichtiges Politikfeld ist, welches sich aber von der „Ausgleichspolitik“ weiter entwickeln muss. Anzustreben ist ein noch aktiverer Ansatz der Stärkung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit im Rahmen einer nachhaltigen und damit zukunftsfähigen Entwicklungsstrategie. Gerade im Gebirgsland Tirol mit seinen klein gegliederten Strukturen muss das die Antwort sein auf jene Einschätzungen, die nur mehr zentralen Gunstlagen Entwicklungspotenziale zuerkennen wollen.

## Daseinsvorsorge sichern

Eine Grundvoraussetzung dafür ist es, auch in den dünner besiedelten Landesteilen die Ausstattung mit Einrichtungen und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge sicherzustellen, Ausdünnungs- und Zentralisierungstendenzen entgegenzuwirken und im Sinne der Subsidiarität die lokale und regionale Steuerungsmöglichkeit so

weit wie möglich zu erhalten. Diese in allen alpinen Regionen wichtige Frage war im übrigen auch zentrales Thema der Konferenz der ARGE ALP Regierungschefs, die am 25. Juni 2004 unter meinem Vorsitz getagt hat.



## Politikfelder regional ausrichten

Ganz entschieden halte ich es für notwendig, dass Land, Bund und Europäische Union sich der Zielsetzung bewusst sind, bestmögliche Rahmenbedingungen für regionale Entwicklung sicherzustellen. Sie müssen in ihren entwicklungsrelevanten Politikbereichen die regionalen Wirkungen „mitdenken“:

- Die Technologiepolitik muss auch den Transfer und die Anwendung neuer Technologien in unsere kleinen Strukturen und peripheren Regionen mit einschließen.
- Die Agrarpolitik muss der Multifunktionalität der alpinen Land- und Forstwirtschaft und den Erfordernissen des ländlichen Raums gerecht werden.
- Die Bildungspolitik muss regionalen Erfordernissen angepasste Profile entwickeln.
- Die Tourismuspolitik muss darauf achten, dass internationale Wettbewerbsfähigkeit und regionale Integration vereinbar bleiben.

Diese Aufzählung ließe sich lange fortsetzen. Entscheidend aber ist, dass diese regional relevanten Politikbereiche zu einem integrierten regionalpolitischen Ansatz zusammen geführt werden.

Auf der anderen Seite liegt es an den Regionen, aus guten Rahmenbedingungen etwas zu machen, die Chancen einer eigenständigen Regionalentwicklung aktiv zu nutzen.

### Regionalmanagement stärken

Auf dem Weg zu handlungsfähigen Regionen ist in Tirol in den letzten Jahren viel geschehen. Ich begrüße es, dass sich in einer Reihe von Bezirken und Regionen des Landes Einrichtungen für Regionalentwicklung etabliert haben, die sich auf strategischer und operativer Ebene darum bemühen, eine eigenständigen integrierte Regionalentwicklung umzusetzen. Ich anerkenne die dabei erzielten Erfolge, sehe aber auch – in regional durchaus differenziertem Maße – weiterhin beträchtlichen Handlungsbedarf. Nicht überall ist bei den Gemeinden die Überzeugung schon wirklich gereift, dass viele Herausforderungen der Zukunft nur auf Basis regionaler Zusammenarbeit bewältigt werden können – hier ist weiter Überzeugungsarbeit zu leisten. Zum zweiten erwarte ich mir von den Regionalmanagementeinrichtungen ein konsequentes Streben nach höchstmöglicher Professionalität. Ich sehe daher der im Gang befindlichen Evaluierung dieser Einrichtungen mit Interesse entgegen und erwarte mir bis Ende heurigen Jahres klare Vorschläge zur weiteren Entwicklung.



### Zusammenarbeit suchen

Erfolgreiche Regionalentwicklung erfordert es aber nicht nur, sich innerhalb der Regionen zu organisieren und zur Zusammenarbeit zu finden. Erfolgreiche Regionalentwicklung schließt auch mit ein, dass Regionen sich nach außen hin öffnen. Bei aller Notwendigkeit einer zielstrebigem Politik für den ländlichen Raum warne ich daher vor einer Polarisierung oder Abschottung zwischen städtischen und ländlichen Regionen. Regionalpolitik

## Neuorientierung der EU-Strukturfonds

*Tirol ist in höchstem Maße daran interessiert, dass die von der EU kofinanzierten Regionalförderungsprogramme auch nach 2006 eine gute Fortsetzung finden.*

Dass ich die Regionalpolitik gerade zum jetzigen Zeitpunkt anspreche, kommt nicht von ungefähr. Seit 1995 werden die regionalpolitischen Aktivitäten Tirols ganz maßgeblich durch die Strukturfonds der Europäischen Union unterstützt. Die aktuellen Regionalförderungsprogramme der Europäischen Union laufen 2006 aus. Die Diskussion über die Zeit danach ist in vollem Gange und mündet Mitte heurigen Jahres in eine entscheidende Phase: Im Juli wird die Europäische Kommission die Entwürfe der Strukturfonds-Verordnungen für den Zeitraum 2007 – 2013 vorlegen.

### Eigenständige Position der Länder

Tirol hat sich bereits frühzeitig und aktiv am Reformprozess beteiligt. Dabei war es sehr wichtig, Allianzen zu bilden, deren Stimme auch in Brüssel gehört wird. Alle österreichischen Bundesländer haben daher bereits im Frühjahr 2003 ihre Erwartungshaltungen in einem gemeinsamen Positionspapier formuliert. Die von der Europäischen Kommission Anfang heurigen Jahres im 3. Kohäsionsbericht erstatteten Vorschläge für die neue Strukturfonds-Periode kom-

heißt auch, die Dynamik städtischer Gebiete zu unterstützen und dafür Sorge zu tragen, dass dieser „Schwung“ auch dem ländlichen Raum Impulse gibt. Ich ermuntere unsere Regionen, die Möglichkeiten des geeinten Europa auch dazu zu nutzen, in noch intensiverem Maße als bisher grenzübergreifend mit benachbarten Regionen zusammenzuarbeiten und drüber hinaus auch Chancen zu nutzen, europaweit mit gleichartigen Regionen Informations- und Erfahrungsaustausch zu pflegen.

men den Ländervorstellungen in zahlreichen Punkten durchaus entgegen, es gibt aber auch manches, mit dem wir nicht zufrieden sein können. Die Landeshauptleutekonferenz hat daher am 10. und 11. Mai 2004 ein aktualisiertes Positionspapier verabschiedet und wird dieses der Europäischen Kommission umgehend vorlegen. Ich selbst hatte beim Ausschuss der Regionen Gelegenheit, verschiedene Länderanliegen anzusprechen. Die ARGE ALP- Regierungschefs haben bei der schon erwähnten Sitzung ebenfalls eine diesbezügliche Resolution gefasst.

Wir sind also sehr intensiv daran, unsere fundierten Anliegen so wirkungsvoll wie möglich zu placieren und werden in diesem Bemühen nicht locker lassen.

### Schwerpunkte der Neuorientierung

Die Masse der Mittel aus den EU-Strukturfonds wird von 2007 – 2013 zweifellos in die ärmsten Mitgliedsstaaten – darunter die meisten neuen EU-Mitglieder – und Regionen zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung fließen. Dies ist im Sinne einer gelebten europäischen Solidarität notwendig und richtig.



Ein Teil der Mittel – und das ist aus Tiroler Sicht natürlich erfreulich – soll zur Stärkung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung auch in anderen Regionen zum Einsatz kommen, und wesentlich mehr Mittel als bisher sollen in die Fortsetzung der INTERREG-Programme fließen.

Die Chancen Tirols, dass es eine Nachfolge für das derzeitige Ziel 2-Programm gibt, sind aufrecht, wobei es hier keine von der EU vorgegebene Fördergebietsabgrenzung mehr geben wird. Dass wir auch künftig an INTERREG-Programmen teilhaben werden, steht für mich außer Zweifel. LEADER wird es zwar als eigenständige Gemeinschaftsinitiative nicht mehr geben, die LEADER-Prinzipien sollen jedoch in die Programme für den ländlichen Raum einfließen. Ich werde nachdrücklich darauf drängen, dass dies tatsächlich geschieht.

### Engagement für Tirol

Über die Höhe der künftig für Tirol zu lukrierenden EU-Mittel ist derzeit keine seriöse Aussage möglich. Zum einen wird das davon abhängen, wie viel Geld den EU-Strukturfonds insgesamt zur Verfügung steht – diesbezüglich sind sich die Mitgliedsstaaten noch nicht einig. Zum anderen gibt es noch keine konkreten Vorschläge, nach welchem Modus die Verteilung der Mittel auf die einzelnen Programme und Regionen erfolgen soll.

Diese mit Sicherheit sehr schwierige Phase der Mittelzuteilung auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene steht erst bevor. Ich werde mich mit Nachdruck dafür einsetzen, dass Tirol angemessen zum Zuge kommt.

Dies in der Überzeugung, dass die künftigen Aufgaben der Regionalpolitik konzentrierte und koordinierte Anstrengungen erfordern und dass Tirol als Berggebiet dabei mit spezifischen Herausforderungen konfrontiert ist, die auch eines angemessenen Engagements der europäischen Ebene bedürfen. ■

[www.tirol.gv.at/regierung](http://www.tirol.gv.at/regierung)

## Resolution der ARGE ALP zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Daseinsvorsorge

Die Mitgliedsregionen der Arge Alp und ihre Gemeinden erbringen vielfältige Leistungen der Daseinsvorsorge in den Bereichen öffentliche Verwaltung, Bildung, Gesundheit, Kultur, Energie, Verkehr und Telekommunikation, die für ihre Bürgerinnen und Bürger ein hohes Versorgungsniveau gewährleisten.

Indem die Gebietskörperschaften für einen gleichberechtigten und kostengünstigen Zugang zu diesen öffentlichen Leistungen Verantwortung tragen und ein flächendeckendes und kontinuierliches Angebot in ausreichendem Umfang und in guter Qualität bereitstellen, leisten sie einen wesentlichen Beitrag zur Lebensqualität der Bevölkerung, zur Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und zum Zusammenhalt der Gesellschaft in den Alpenländern.

Angesichts der weltweiten Tendenz zur Liberalisierung von Dienstleistungen, insbesondere im Rahmen des GATS, der Lissabon-Strategie der Europäischen Gemeinschaft zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, der aktuellen politischen Debatte zum Grünbuch der Europäischen Kommission zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse sowie angesichts des Rückzugs staatlicher Einrichtungen aus dünner besiedelten Gebieten und der Verringerung öffentlicher Leistungen aus Einsparungsgründen durch die Nationalstaaten, sehen sich die Regierungschefs der Mitgliedsregionen der Arge Alp veranlasst, folgende Forderungen an die Entscheidungsträger auf europäischer und nationalstaatlicher Ebene zu richten:

Die Richtschnur für die Zukunft der Daseinsvorsorge in den Alpenländern muss das Subsidiaritätsprinzip bleiben. Dabei sind Lösungen auf lokaler und regionaler Ebene zu verwirklichen, die den Bedürfnissen des Gemeinwohls und den gewachsenen Strukturen bestmöglich entsprechen.

Die geographischen, ökologischen, kulturellen und wirtschaftlichen Besonderheiten der Berggebiete mit ihren überwiegend klein strukturierten Versorgungseinrichtungen und ihren im Vergleich

zum Flachland aufwändigeren Infrastrukturen verpflichten dazu, der öffentlichen Dimension bei der Festlegung der Aufgaben, der Organisation und der Erbringung der Leistungen der Daseinsvorsorge besondere Bedeutung zuzumessen. Die demokratisch gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Regionen und Gemeinden sollen auch weiterhin frei über diese wesentlichen Fragen der Gestaltung öffentlicher Leistungen entscheiden können.

Die Leistungen der Daseinsvorsorge sind insbesondere in den abgelegenen und weniger dicht besiedelten Gebieten der Alpenländer von grundlegender Bedeutung, um diese als Lebens- und Wirtschaftsräume erhalten und weiter entwickeln zu können. Dies macht nicht zuletzt die Rolle der öffentlichen Dienstleistungen für die endogene Regionalentwicklung und für die Aufrechterhaltung der kulturellen Vielfalt im Berggebiet deutlich. Für diese Gebiete mit spezifischen geografischen Bedingungen und Erschwernissen ist die öffentliche Erbringung der Daseinsvorsorge rechtlich abzusichern sowie die Möglichkeit sicherzustellen, die Aufrechterhaltung der Daseinsvorsorge mit staatlichen Mitteln zu bezuschussen, soweit dies nach objektiven Kriterien gerechtfertigt ist.

Sensible und wichtige öffentliche Leistungen sollen von allfälligen wettbewerbsrechtlichen Einschränkungen und beihilferechtlichen Verpflichtungen frei gestellt werden. Die Bereiche nicht wirtschaftlicher Tätigkeiten und Leistungen der Daseinsvorsorge sind unter Mitwirkung der Regionen festzulegen und anzuerkennen.

Die politische Debatte und Entscheidungsfindung über die Zukunft der Daseinsvorsorge darf nicht durch vorschnelle, mit den Regionen Europas nicht abgestimmte Zugeständnisse zur weiteren Marktöffnung im Rahmen der WTO-Verhandlungen beeinflusst werden. ■

[www.argealp.org](http://www.argealp.org)

# Revitalisierung der Ortskerne – eine Chance für Tirol

Landesrätin Dr. Anna Hosp

*Die Tiroler Landesregierung will gezielt der Entleerung und Entfremdung der Dorfkern entgegenwirken. Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raums wird die Revitalisierung und Belebung unserer Ortszentren unterstützt.*



## Traum oder Albtraum?

Das Zentrum eines Dorfes zog von jeher Menschen an – dort gab es Versorgung, Infrastruktur, Arbeit, Kommunikation, Leben, Impulse, Lebensräume.

Inzwischen ist dieser Lebensmittelpunkt zum Teil fraglich geworden. Die Dörfer sind in den vergangenen Jahrzehnten sehr gewachsen, zum Teil richtig explodiert. Die Dorfränder wuchern aus, in manchen Fällen gehen sie bereits nahtlos in den Nachbarort über. Der Dorfkern verliert zunehmend Funktionen, wird als ehemals wichtigster Lebensraum zunehmend ausgehöhlt.

Der Strukturwandel der letzten Jahrzehnte im ländlichen Raum - von einer bäuerlichen Welt hin zu einer verstärkt dienstleistungsorientierten Informationsgesellschaft - hat die gewachsenen, oftmals auch „versteinerten“ Strukturen erschüttert. Man verzichtete teilweise darauf, die Probleme ursächlich zu lösen und flüchtete in neue Bereiche.

Diese Vorgangsweise hat unter anderem zu einem immensen Platzbedarf, vor allem für Wohnraumbeschaffung geführt und stellt die Gemeinden vor schwierige und weitreichende Entscheidungen.

Neben den Kosten für die Erstellung der gesamten Infrastruktur, die sich vor allem durch die extremen Wachstumsprozesse an den Dorfrändern potenzieren, leiden die Gemeinden immer stärker unter teilweise sehr hohen „Betriebskosten“ für die Erhaltung des gesamten Infrastrukturnetzes.

## Tirol kann keine Geisterorte brauchen!

In vielen Tiroler Gemeinden stehen im Ortskern zunehmend Häuser und Wirtschaftsgebäude leer. Wird ein Haus nicht mehr bewohnt und genutzt, verfällt auch langsam sein Äußeres. Mit dem Verlust an Funktion nimmt auch die Qualität des Dorfkernes ab. Es folgt ein langsames „Sterben“ der gewachsenen Struktur, der Ressourcen und der Harmonie. Das Verschwinden der Nachbarschaften führt mittel- und langfristig zum Schwinden des menschlichen Beziehungsgeflechtes in den Dörfern und trägt somit zur Entsolidarisierung unserer Gesellschaft, einem Phänomen der westlichen Welt, nicht unwesentlich bei.

## Aktive Politik heißt Verantwortung tragen!

Die Tiroler Landesregierung hat diese Zeichen sehr ernst genommen und den Beschluss gefasst, in dieser Legislaturperiode ganz gezielt der Dorfkernentleerung und Entfremdung entgegenzuwirken. Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raums wird die Revitalisierung unserer Ortszentren unter Berücksichtigung der gewachsenen Strukturen und der Veränderungen der letzten Jahre unterstützt.

Das Ziel dieses Projektes soll mittelfristig die Trendwende garantieren und durch

- Revitalisierung und Sanierung des Gebäudebestandes in den Dörfern,
- Belebung der Infrastruktur,
- Sicherung der zentralen Funktionen durch steigende Attraktivität

lebendige Ortszentren als Mittelpunkt des Lebens gesellschaftlich neu definieren und verankern.

Seitens des Landes Tirol werden derzeit am Pilotprojekt Silz die Rahmenbedingungen und Richtlinien erarbeitet, die eine breite Anwendung des Programms in Tirol ermöglichen sollen.

## Dorfkern als Gunstlage

Im einem intakten Dorfkern wohnen bedeutet, die gesamte Infrastruktur vor der Haustüre zu haben, sämtliche Ressourcen vor Ort nutzen zu können, sich Wege zu sparen. Die Erschließung, Versorgung, Schulen, Kindergärten etc. in unmittelbarer Nähe erleichtern der ganzen Familie das Leben. Ein lebendiger Dorfkern bedeutet Wohlfühlen und Kommunikation.

Stehen auf der einen Seite die finanziellen und volkswirtschaftlichen Überlegungen, die uns zu diesem Projekt motiviert haben, müssen aber auch die soziokulturellen Chancen für eine gesellschaftliche Entwicklung im Sinne eines „be- und gelebten Dorfes“ bewertet werden, die langfristig einen attraktiven und intakten ländlichen Raum sicherstellen und so zu einer ausgewogenen Entwicklung in Tirol beitragen.

*fit* für morgen

Um diese Vorhaben erfolgreich zu gestalten ist es notwendig, dass viele Bürger und Gemeinden aktiv mitarbeiten. Seitens des Landes habe ich die DORFerneuerung TIROL mit der Projektumsetzung beauftragt. Hier sollen die Fäden zusammenlaufen und die Förderabwicklung in Zusammenarbeit mit der Gemeindeabteilung erfolgen.

Die Umsetzung des Projektes erfolgt durch gezielte Unterstützung auf zwei Ebenen, und zwar in den so genannten Bereichen „software“ (Konzept, Planung) und „hardware“ (Förderung).

Das Zusammenspiel von öffentlichem Interesse und persönlichem Engagement wird uns, wovon ich überzeugt bin, mittelfristig den gewünschten Erfolg bescheren.

software

Basis für die Sanierung und Förderung stellt ein Masterplan dar, der von den Betroffenen und den Gemeinden in Zusammenarbeit mit externen Fachleuten in Form eines EU-Projektes erarbeitet wird. Die Eckpunkte in diesem Arbeitsprozess sind:

- Gefährdete Objekte und Strukturen ins Bewusstsein zu rücken;
- die Verflechtung baulicher Strukturen mit Lebensräumen verständlich zu machen;
- Veränderungen und ihre Auswirkungen zu visualisieren;
- Chancen erkennen und „Wohnqualitäten“ neu entdecken;
- gemeinsames Festlegen von Bauregeln als Grundlage für die Revitalisierung und Förderung.

hardware

Damit der gemeinsam entwickelte Masterplan auch tatsächlich zur Umsetzung kommt, wurde seitens des Landes Tirol ein Förderungsmodell angedacht, das dem Einzelnen zu Gute kommt und mit Motivation für dieses Zukunftsprojekt sein soll.

Folgende Leistungen können angesprochen werden:

- Verzicht auf die Erschließungsabgaben durch die Gemeinden;
- erhöhte Wohnbauförderung - Althausanierung;
- Direktzuschuss des Landes Tirol über die DORFerneuerung

Insgesamt glaube ich, dass dies ein sehr attraktives Angebot für alle Gemeinden und Interessierte ist und dass aus dieser Zusammenarbeit wichtige Impulse für die Tiroler Entwicklung hervorgehen werden.

[www.tirol.gv.at/regierung](http://www.tirol.gv.at/regierung)



# Breitband-Internet als Instrument der Regionalentwicklung

Carola Jud und Robert Schuchter

*Nachhaltige Regionalentwicklung beinhaltet das Ziel der Schaffung einer Informationsgesellschaft. Insbesondere soll strukturschwächeren Regionen die Chance gegeben werden, sich auch in Bezug auf dieses Ziel an das höhere Entwicklungsniveau anderer Regionen anzupassen.*

Ein breitbandiger, leistungsfähiger Internetzugang ist auf dem Weg in die Informationsgesellschaft ein unverzichtbares Instrument, auf das bereits heute viele Betriebe, öffentliche Stellen und

Private nicht mehr verzichten könnten. In Zukunft werden die allermeisten Betriebe ohne Breitband-Internet nicht konkurrenzfähig sein.

## Wie „breit“ ist Breitband?

Unter Breitband wird ganz allgemein eine Technologie mit hoher Datenübertragungsrate ab 512 KBit/s verstanden. Zum Vergleich:

Das herkömmliche Telefon-Modem überträgt mit 56 KBit/s, und das ist meist nicht mehr ausreichend. Breitband-Internet wird benötigt für den Empfang und den Versand von größeren Mails, zum

Download von Software-Updates,

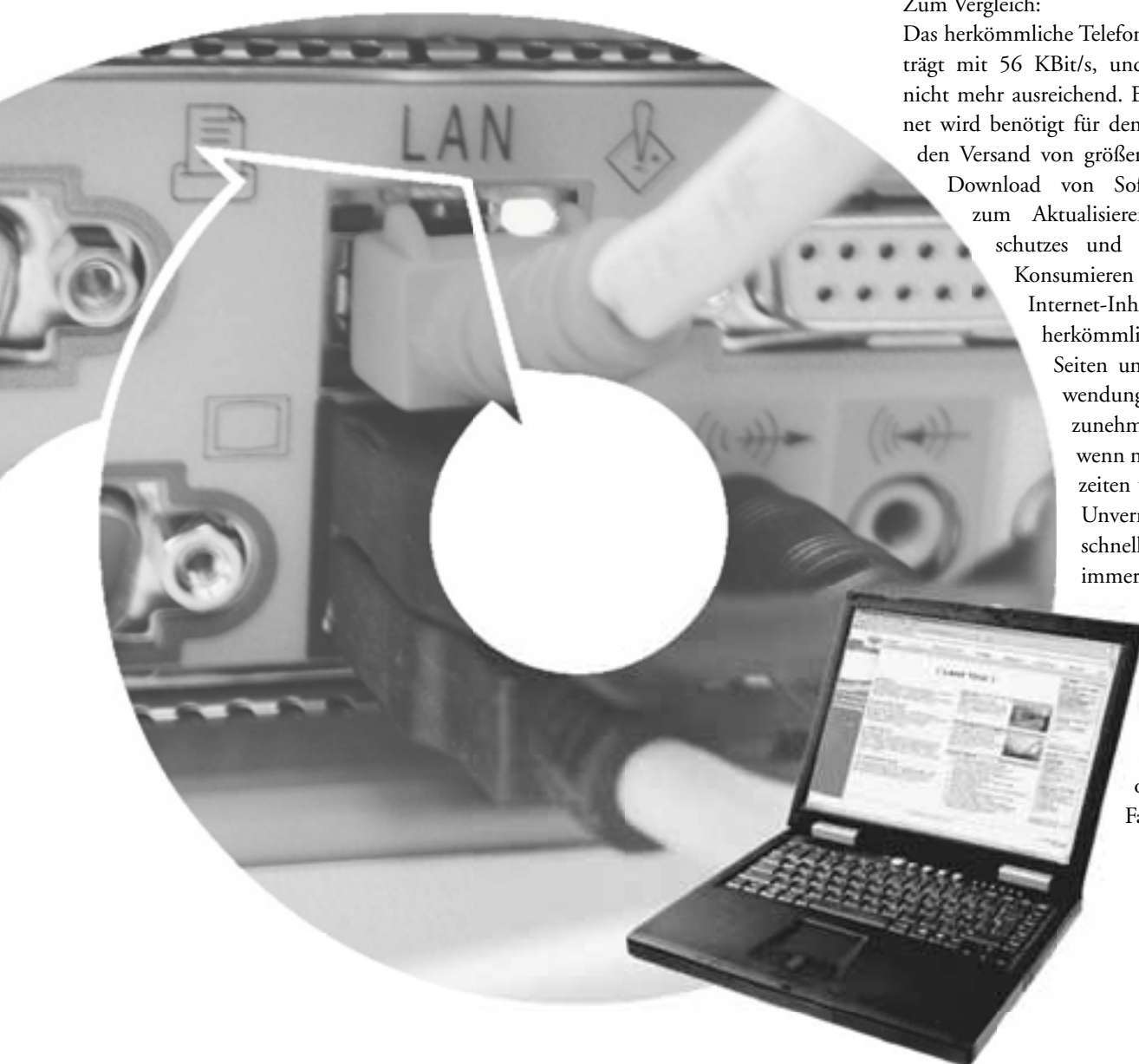
zum Aktualisieren des Virenschutzes und natürlich zum

Konsumieren multimedialer Internet-Inhalte. Aber auch

herkömmliche Internet-Seiten und Internet-Anwendungen verlangen zunehmend Breitband, wenn man lange Ladezeiten vermeiden will.

Unvermeidlich ist eine schnelle Anbindung immer dann, wenn mehrere PCs

gleichzeitig ins Internet wollen, wie es z.B. bei Schulen, Gemeinden oder Firmen der Fall ist.





### Welchen Nutzen bringt Breitband-Internet?

Das Wissen der Bevölkerung und der Verbraucher um Breitband (inklusive sonstiger Drahtlosinfrastruktur) und deren Vorteile ist derzeit noch begrenzt. Viele kennen lediglich den Vorteil eines verbesserten Internetzugangs. Die Möglichkeiten, die diese Technologien den Unternehmen und der Bevölkerung aber wirklich bieten können, müssen noch ausgeschöpft und dargestellt werden. Die Palette der Möglichkeiten und Funktionen ist außerordentlich breit und reicht von Informationsgewinnung über online lernen und Teleworking bis hin zu Musik-Downloads oder Spielen. Für alle diese Anwendungen bedarf es jedoch einer entsprechend leistungsfähigen „Daten-Autobahn“.

Eine leistungsfähige Breitband-Infrastruktur nimmt daher eine Schlüsselrolle in der nachhaltigen Regionalentwicklung ein. Infrastrukturelle Defizite behindern die wirtschaftliche Entwicklung der Region, und sie senken deren Wettbewerbs- und Kooperationsfähigkeit und Attraktivität als Lebens- und Wirtschaftsraum.

Für den Wirtschaftsstandort Tirol ist die Verfügbarkeit eines zuverlässigen,

hochwertigen Netzes von höchstem Interesse. Erfahrungen zeigen, dass eine entsprechende Versorgung zur Wirtschaftsbelebung der Regionen beiträgt. Betriebe und Bevölkerung in unversorgten Gebieten sind demzufolge in ihrer Wettbewerbsfähigkeit und der Standortqualität benachteiligt.

Man geht davon aus, dass Investitionen in Breitbandinfrastruktur letztlich auf allen Wertschöpfungsebenen positive Wachstums- und Innovationseffekte bewirken werden.

In der Entwicklung der Informationsgesellschaft kommt den öffentlichen Behörden in mehrfacher Hinsicht eine maßgebliche Rolle zu. Sie sind einerseits selbst Nutzer und Anbieter zahlreicher Dienste und Anwendungen (z.B. e-Government), andererseits sind sie auch Förderer in der Region und sollen daher die Ausgewogenheit der Entwicklung der Kommunikationsnetze überwachen. Die Unterstützung der Behörden konzentriert sich auf jene Gebiete, die unter freien Marktbedingungen unberücksichtigt bleiben würden. Das Hauptaugenmerk dient daher ländlichen und abgelegenen Regionen, die derzeit auf der Landkarte als „weiße“ (also unversorgte) Flecken aufscheinen.

### Maßnahmen für die Informationsgesellschaft

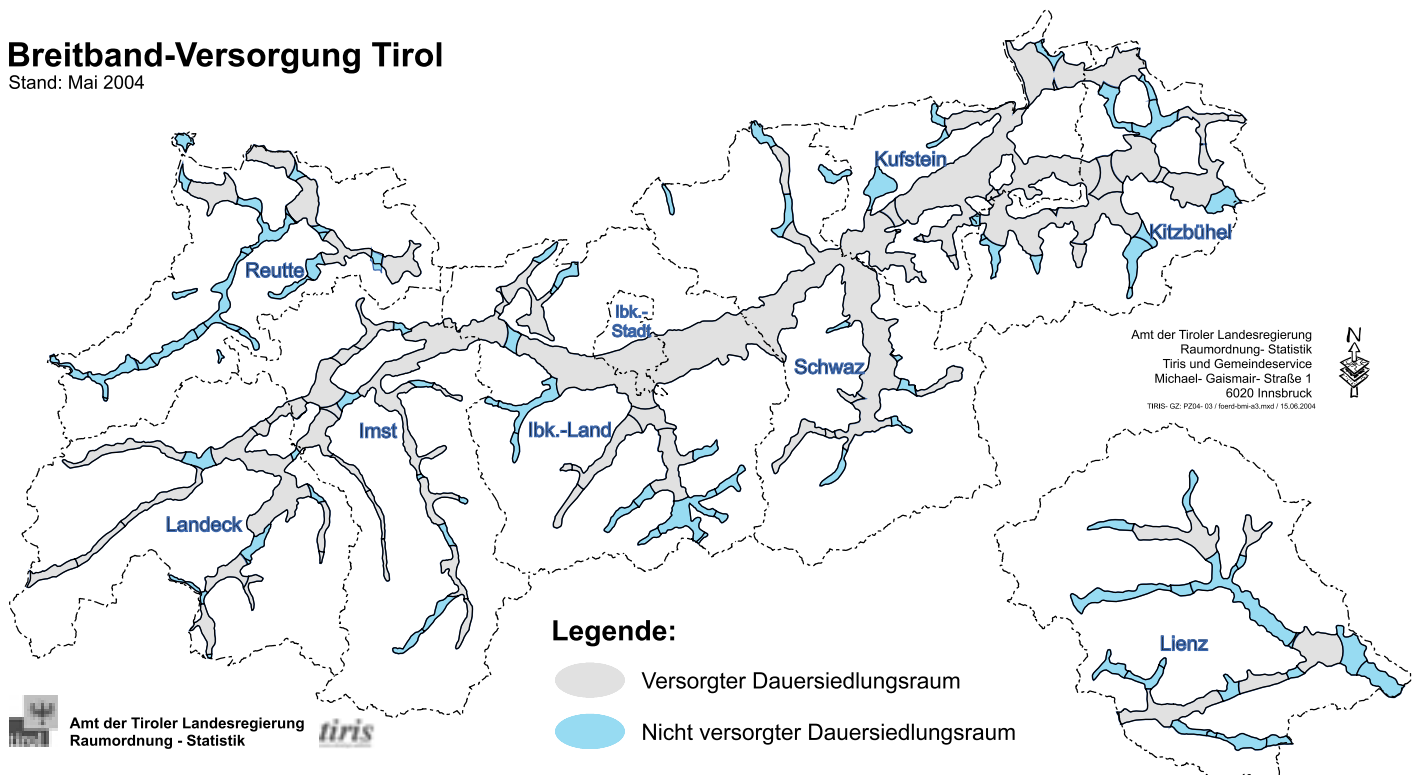
EU-weit wird versucht, dem Ziel der Schaffung einer Informationsgesellschaft mit zahlreichen Maßnahmen, die im speziellen auch Breitband-Infrastruktur betrifft, näher zu kommen.

Diese Maßnahmen finden auf EU-Ebene, aber auch auf Bundes- und Landesebene statt und sollen dafür sorgen, einer digitalen Spaltung der Gesellschaft entgegenzuwirken.

Insbesondere strukturschwächere Regionen sollen an der Informationsgesellschaft uneingeschränkt teilnehmen können. Dieses Ziel beinhaltet die Forderung, innerhalb der gesamten Union Breitbandnetze und damit verbundene internetbasierte Dienste weithin verfügbar zu machen. Unternehmen und Bürgern in ganz Europa soll Breitbandinfrastruktur zu erschwinglichen Preisen verfügbar gemacht werden. Durch eine verstärkte Verbreitung von Informations- und Kommunikationstechnologien kann das Produktivitätswachstum und die Innovationsfähigkeit der Regionen verbessert, können kleine und mittlere Betriebe gestärkt und die industrielle und regionale Wettbewerbsfähigkeit verbessert werden.

### Breitband-Versorgung Tirol

Stand: Mai 2004



## Breitband Initiative

Auf Bundesebene werden vom Ministerium für Verkehr, Innovation und Technologie ab dem kommenden Jahr insgesamt zehn Millionen Euro an Förderungen zur Ausstattung ländlicher Räume mit Breitbandinfrastruktur bereitgestellt. Gemäß dem bereits vorliegenden Entwurf der Bundesrichtlinie können „rechtlich selbständige Kommunikationsdienste bzw. Netzbetreiber im Sinne des Telekommunikationsgesetzes 2003“ als Förderwerber auftreten. Der Richtlinienentwurf sieht weiter vor, dass infrastrukturelle Kosten (Laufzeit der Projekte max. 2 Jahre) gefördert werden.

Auf Landesebene wurde in den vergangenen Monaten ein Konzept ausgearbeitet, das die Zielsetzungen des Landes zum Thema Breitbandversorgung klar definiert. Damit ist eine Basis gegeben für die Entscheidung, wie und in welchem Ausmaß die so genannten „weißen Flecken“, also jene Gebiete ohne Versorgung, mit Unterstützung durch öffentliche Mittel mit der entsprechenden Infrastruktur ausgestattet werden können.

Aller Voraussicht nach wird neben der Bundes- auch eine Landesförderrichtlinie zur Unterstützung dieser Projekte erstellt werden. Die Ausschreibung der Förderaktion durch das Land wird voraussichtlich noch in diesem Jahr durchgeführt.

Die Bereitstellung der Infrastruktur allein ist noch nicht ausreichend, wenn es den Endbenutzern am Wissen und der Fähigkeit mangelt, diese richtig nutzen zu können. Um die Bevölkerung über die Möglichkeiten des Breitbandzugangs aufzuklären und sie für die breite Palette an Vorteilen zu sensibilisieren, könnten regionale Einrichtungen wie die Regionalentwicklungsvereine eine entsprechende Plattform für Information bieten und Aufklärungskampagnen zur Unterstützung der Bevölkerung begleiten.

## Einige technische Details zu Breitband-Leitungen

Grundsätzlich muss in zwei Leitungskategorien unterschieden werden:

**Backbone-Netze** stellen das für den Endverbraucher nicht sichtbare Rückgrat der Datenübertragung dar, ähnlich den Hochspannungsleitungen in der Stromversorgung. Generell kann davon ausgegangen werden, dass die Backbone-Infrastruktur in Tirol auf hohem technologischen Niveau in sehr guter Flächendeckung vorhanden ist.

**Verteilernetze** („last mile“) verbinden den Endverbraucher mit dem Backbone und stellen die größte Lücke in der Breitbandversorgung dar. Die erfolgversprechendsten Alternativen für die Breitbandversorgung sind nach heutiger Einschätzung:

- ADSL (Asymmetric Digital Subscriber Line)
- Kabel-TV-Netze
- Funkdatennetze

Da im Einzelfall auch andere Varianten in Frage kommen, werden alle Lösungen kurz angerissen:

**ADSL** nutzt die bestehenden Telefon-Anschlussleitungen in einem freien Frequenzbereich, setzt allerdings eine kostenintensive Aufrüstung der Wählämter voraus und ist daher nicht flächendeckend verfügbar. Zudem ist die ADSL-Verfügbarkeit auf einen ca. 4 km-Radius um ein aufgerüstetes Wählamt beschränkt.

**Kabel-TV-Netze** wurden in den letzten Jahren teilweise für den interaktiven Datenverkehr aufgerüstet, beschränken sich aber in aller Regel auf Ballungsgebiete. Wegen der Zunahme von Satelliten-TV werden sich die Kabel-TV-Anbieter eher auf die Verdichtung bereits erschlossener Räume konzentrieren und Problemräume meiden.

**Funkdatennetze** (Wireless-Lan, WLAN) können eine kostengünstige und vergleichsweise leicht zu implementierende Lösung gerade für periphere Gebiete darstellen, da die last mile ohne Grabungsarbeiten und Leitungsverlegung,

sondern eben über Funk überbrückt wird. Beschränkende Faktoren sind mögliche Widerstände einer sensibilisierten Bevölkerung gegen die Errichtung von Sendeanlagen.

**Fiber to the home (FTTH)** verbindet den Endverbraucher über Glasfaser mit dem Internet und ist aus Kostengründen üblicherweise Großkunden vorbehalten. Vereinzelt haben Gemeinden im Zuge des kommunalen Wasserbaues Glasfaser zu den Haushalten verlegt. Als Technologie für den breiteren Einsatz wird FTTH nicht in Frage kommen.

**Satellitenübertragung** erlaubt kostengünstige und hohe Downloadraten, ist aber nicht rückkanalfähig. D.h. dass für den Upload (z.B. das Anfordern von Internet-Seiten, das Versenden von Mails etc.) eine herkömmliche ISDN-Leitung (Integrated Services Digital Network) notwendig ist. Diese Methode kommt nur für vereinzelte Anwendungsfälle in Frage.

**Powerline** bedeutet die Nutzung der Stromleitungen zur Datenübertragung, konnte sich jedoch über Pilotversuche nicht hinaus entwickeln.

**UMTS** (universal mobile telecommunications service) ist die Mobilfunktechnologie der 3. Generation, liegt aber mit einer Übertragungsrate von 384 kBit/s an der unteren Schwelle zur Breitbandtechnologie und hat sich bislang nicht durchsetzen können. Die Provider werden sich auch in Zukunft aus Kostengründen eine flächendeckende Versorgung nicht leisten können, sodass UMTS zumindest für die nähere Zukunft für Breitband – Internet nicht in Frage kommt. ■



## Gebäude und Wohnungen in Tirol Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung 2001

Die Auswertung der mit Stichtag 15. Mai 2001 durchgeführten Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ 2001) durch die Landesstatistik Tirol bringt folgende Ergebnisse:

### 161.300 Gebäude und 303.600 Wohnungen

Das Bundesland Tirol weist im Jahr 2001 einen Bestand von knapp 161.300 Gebäuden und rund 303.600 Wohnungen auf. Das sind rund 22.700 Gebäude (+16,4 %) und 53.900 Wohnungen (+21,6 %) mehr als vor zehn Jahren. Vom gesamten Gebäudebestand Tirols werden 133.252 (82,6 %) Gebäude überwiegend zu Wohnzwecken genutzt. Diese Wohngebäude haben gegenüber 1991 um 22 % zugenommen.

### 85 Prozent Hauptwohnsitzwohnungen

Vom Gesamtbestand wurden zum Zählstichtag 257.916 Wohnungen oder 85 % als Hauptwohnsitz genutzt und dienen damit der primären Bedarfsdeckung. Die Zahl der Wohnungen mit Neben- oder ohne Wohnsitzangabe beläuft sich auf 45.716 oder 15 %. Die Zahl der „Hauptwohnsitzwohnungen“ hat sich im letzten Jahrzehnt um 20 % erhöht.

### Inländisches Privateigentum vorherrschend

Neun von zehn Gebäuden bzw. etwa 83 % der Wohnungen stehen im Eigentum privater Personen. Die gemeinnützigen Bauvereinigungen sind der zweitgrößte Wohnungsbesitzer in Tirol. Rund 8 % aller Tiroler Wohnungen stehen in deren Eigentum, 95 % der Wohnungen stehen im inländischen (Allein-) Eigentum. Beim Wohnungsbestand von insgesamt 303.632 macht der ausländische (Mit-) Besitz 14.636 oder 5 % aus.

### Die durchschnittliche Nutzfläche der Hauptwohnsitzwohnungen steigt

Aus der Durchschnittsgröße der Hauptwohnsitzwohnungen von rund 93 Quadratmetern (1991: 91 m<sup>2</sup>) errechnet sich bei einem Bestand von knapp 258.000 Wohnungen mit Hauptwohnsitz eine Gesamtnutzfläche von ca. 23,9 Mio. Quadratmetern. Umgelegt auf die Bewohner der Hauptwohnsitzwohnungen ergibt sich eine durchschnittliche Wohnnutzfläche von 36 Quadratmetern, die jeder Tirolerin / jedem Tiroler zur Verfügung steht.

### Heizöl ist der vorherrschende Brennstoff

63 % der Hauptwohnsitzwohnungen werden über eine Gebäudezentralheizung beheizt. Von den verschiedenen Energieträgern (Brennstoffe) hat das Heizöl die größte Bedeutung bei der Wohnungsbeheizung. 55 % der Hauptwohnsitzwohnungen werden mit Heizöl beheizt.

Sämtliche Ergebnisse stehen in Form der Publikation „Gebäude und Wohnungen in Tirol“ im Internet kostenlos zur Verfügung ([www.tirol.gv.at/statistik](http://www.tirol.gv.at/statistik) - Link Publikationen)





# Naturpotentiale Alpiner Berggebiete

Kurt Ziegner

*Vorbeugender Schutz vor Naturgefahren in den Alpen  
im INTERREG IIIB – Programm Alpenraum*



## Die Herausforderungen:

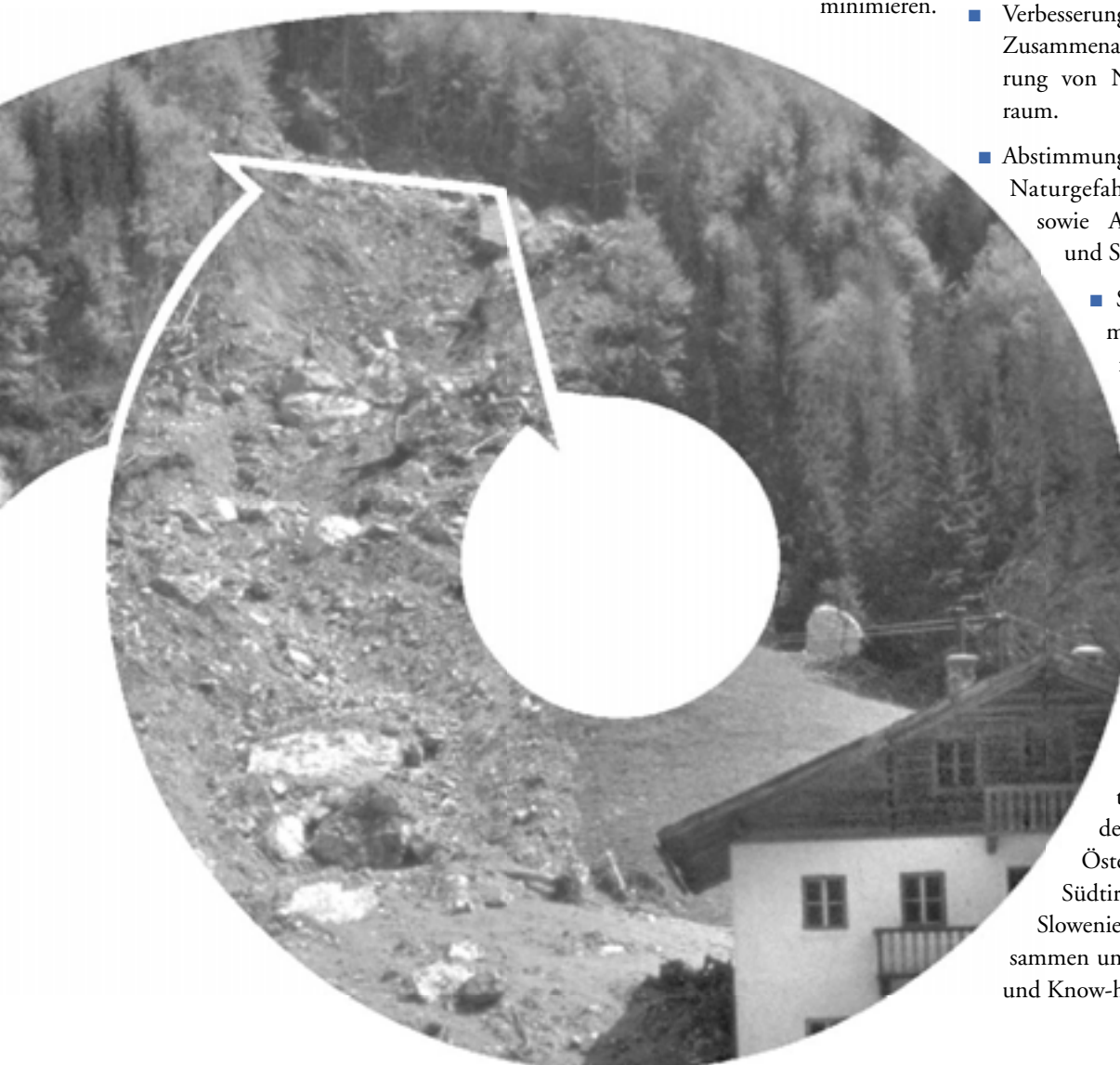
Das „Katastrophengedächtnis“ der Gesellschaft ist bekanntlich sehr kurz. Bilder der europaweiten Überschwemmungen und Verwüstungen vom August 2002 oder Pfingsten 1999 sind bereits wieder aus dem Gedächtnis gelöscht. Knapper Siedlungsraum, hohe Bevölkerungsdichten

und die permanente Bedrohung wertvoller Objekte sind Tatsachen, denen sich die Alpenländer stellen müssen. Prognosen über die Zunahme extremer Niederschläge durch den Klimawandel beunruhigen zusätzlich die Bevölkerung und Politiker. Es müssen daher neue Wege gefunden werden, um die Gefahren für Menschen, Tiere, Bauten und Verkehrswege zu minimieren.

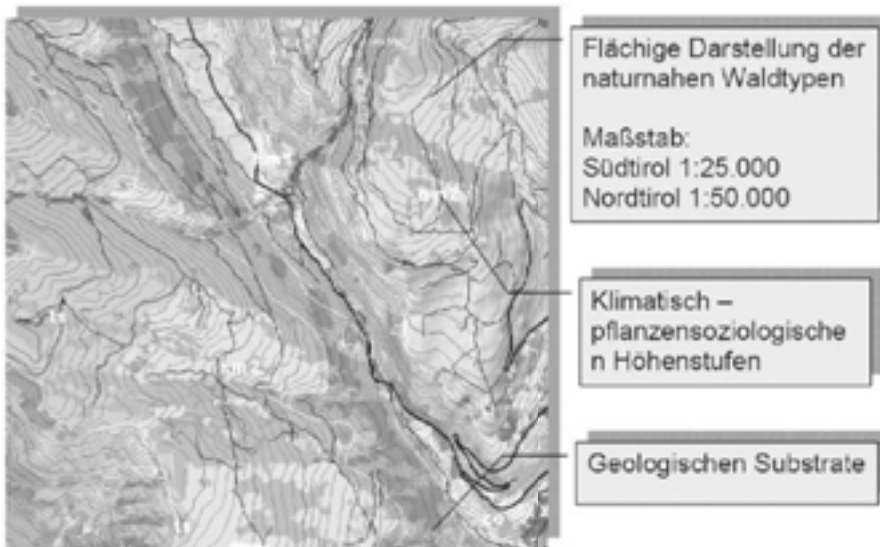
## Die Ziele:

Das INTERREG-IIIB-Projekt „:nab – Naturpotentiale Alpiner Berggebiete“ leistet dazu einen bedeutenden und innovativen Beitrag. Der Projektschwerpunkt liegt in der Gefahrenerkennung, Vorsorge und Vermeidung.

- Verbesserung der fachübergreifenden Zusammenarbeit zur Risikominimierung von Naturgefahren im Alpenraum.
  - Abstimmung und Optimierung der Naturgefahrenbewertungsverfahren sowie Ableitung von Szenarien und Schutzmaßnahmen.
  - Standardisiertes Standortmodellierungsverfahren für den Schutzwald und die Entwicklung von Managementplänen für alpine Schutzwälder.
  - Konzeption eines Naturraummanagements (inkl. Managementpläne und Maßnahmenplanung).
  - Internet-gestütztes Informationssystem für die beteiligten Dienststellen und Kommunikationsstrategie zur Hebung des Risikobewusstseins.
- Österreich, Tirol, Bayern, Südtirol, Lombardei, Schweiz, Slowenien arbeiten in :nab zusammen und nutzen dabei Synergien und Know-how-Transfer.







**Die Inhalte und Ergebnisse:**

**Modul 1 und 2** arbeiten als Schwerpunkt an der Erkennung und Minimierung des Hochwasser- und Murenrisikos in Wildbacheinzugsgebieten. Für die Vorhersage von Hangrutschungen wird modernste GIS Technik angewendet.

**Modul 3** grenzt durch Standortmodellierung die natürlichen, schutzoptimalen Wälder ab und stellt sie in einer Karte dar.

**Modul 4** entwickelt Konzepte für eine optimale Schutzwaldbewirtschaftung, wobei die „minimale Schutzwaldpflege“ im Vordergrund steht. Das entstehende „Handbuch der Schutzwaldpflege“ bietet wertvolle Hilfe bei der oft schwierigen Schutzwaldarbeit. Eine verpflichtende Anwendung dieser Richtlinien für Schutzwaldprojekte ist in Diskussion.

Die erstmalige Abstimmung der länderspezifischen Risikobewertungsmethoden zu einem transnational Verfahren und

deren Weiterentwicklung ist ein wichtiger Schwerpunkt des Projektes. Der bisherige Erfahrungsschatz geht dadurch nicht verloren, sondern wird mit modernster Technik kombiniert und weitergegeben. Über eine Internetplattform werden die Daten zur Verfügung gestellt. Ziel ist es, die Ergebnisse im gesamten Alpenraum gleichermaßen anzuwenden.

**Modernste Methoden und Innovationen**

Das Ineinandergreifen der einzelnen Modularbeiten zeigt das Beispiel des Tiroler Wipptales. Aufbauend auf einer regionalen Risikokarte nach dem Modell EGAR wird ein Testgebiet (Pfonerbach) im Detail auf sein Risikopotential hin untersucht. Dabei wendet die WLW neu entwickelte Methoden und Instrumente an (Modul 1- ETALP). Die Modellierung

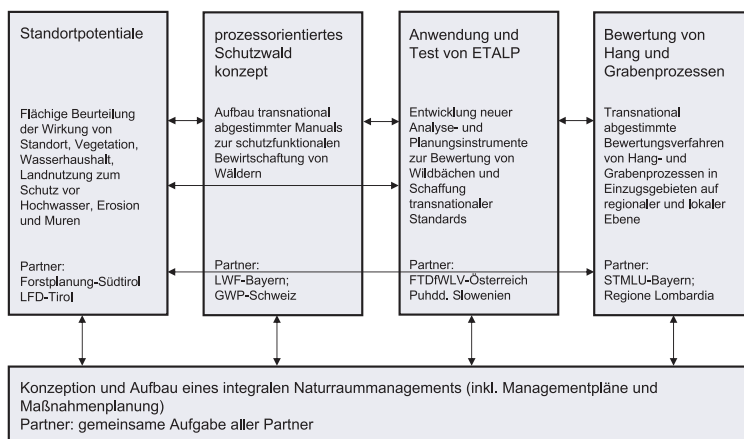
der Waldstandorte wurde auf der gesamten Fläche des Wipptales bereits durchgeführt und liegt als Basiskarte vor (Modul 3). Südtirol, Bayern und Tirol definieren gemeinsam die waldbaulichen Leitlinien in Abhängigkeit vom Gefahrenprozess (Modul 4). In der Folge erarbeitet :nab für das Wipptal ein Gesamtkonzept zur langfristigen Minimierung des Naturgefahrenrisikos, das neben den technischen und forstlichen Maßnahmen auch die Kommunikation der Ergebnisse in den Gemeinden umfasst.

**Die Ausblicke:**

Ein interessantes Kick-Off Meeting fand im November 2003 in Innsbruck statt und in zwei Working-Meetings koordinierten die Partner ihre Aktivitäten. Mit Beginn 2004 wurde in allen Hauptmodulen die Arbeit aufgenommen. Im Mittelpunkt steht die intensive Bearbeitung der Testgebiete in Tirol, Bayern, Südtirol, Lombardei und Slowenien. Der Projektfortschritt liegt sowohl finanziell als auch technisch im Plan. Beginnend mit 2005 werden die Einzelergebnisse zusammengeführt und das Risikomanagementsystem entwickelt. Eine begleitende Kommunikationsstrategie stellt den Transfer der Ergebnisse sicher.

**Projektsteckbrief:**

Partner: Österreich – Land Tirol (Lead-partner), BMLFUW, Bayern, Südtirol, Lombardei, Slowenien, Schweiz  
 Laufzeit: 2003 – 2006  
 Projektsumme: 1,45 Mio Euro (40% bis 50% EU-Förderung)  
 Nähere Informationen unter:  
[www.tirol.gv.at/nab.at](http://www.tirol.gv.at/nab.at)



# Statistik aktuell

Manfred Kaiser

## 91 Prozent der Beschäftigten sind Pendler (Volkszählung 2001)

*Von den 307.546 Beschäftigten in Tirol müssen 91 Prozent das Wohngrundstück verlassen, um an ihre Arbeitsstätte zu gelangen.*

### Tirol ist ein „Land der Auspendler“

108.710 Personen (35,3 %) haben dabei einen Arbeitsplatz in der Wohngemeinde, 56 Prozent der Erwerbstätigen (172.284 Personen) verdienen ihren Lebensunterhalt außerhalb der eigenen Gemeindegrenzen. Mehr als 16.000 Tiroler arbeiten in einem anderen Bundesland (7.953) oder im Ausland (8.150), woraus sich in Verbindung mit den 10.783 Einpendlern aus einem anderen Bundesland ein negativer Pendlersaldo von 5.320 Personen ergibt.

### Pendlermobilität nimmt zu

So wie im Zeitraum 1981 bis 1991 ist auch in den vergangenen 10 Jahren eine weitere Steigerung der Pendlermobilität zu bemerken. Die Zahl der Nicht- bzw. Gemeindebinnenpendler reduzierte sich um weitere 8.500 Personen, bei den Auspendlern ist hingegen eine Steigerung um 28 % von 134.843 (1991) auf 172.284 (2001) Personen zu verzeichnen.



Bezirk	Beschäftigte am Wohnort 2001	Gemeindeauspendler 2001		Gemeinde- Einpendler 2001	Beschäftigte am Arbeitsort 2001	Index des Pendler- saldos
		absolut	in %			
Innsbruck-Stadt	52.391	11.426	21,8	37.791	78.756	150,3
Imst	22.929	14.209	62,0	9.848	18.568	81,0
Innsbruck-Land	73.057	52.663	72,1	36.297	56.691	77,6
Kitzbühel	27.515	13.923	50,6	12.389	25.981	94,4
Kufstein	43.970	26.853	61,1	24.127	41.244	93,8
Landeck	17.440	10.260	58,8	9.240	16.420	94,2
Lienz	20.752	11.970	57,7	10.017	18.799	90,6
Reutte	14.544	9.085	62,5	8.407	13.866	95,3
Schwaz	34.948	21.895	62,7	18.848	31.901	91,3
<b>Tirol</b>	<b>307.546</b>	<b>172.284</b>	<b>56,0</b>	<b>166.964</b>	<b>302.226</b>	<b>98,3</b>

## Innsbruck hat das größte Angebot an Arbeitsplätzen

Wenig überraschend, aber aus der vorstehenden Tabelle gut ersichtlich, ist die besondere Position der Landeshauptstadt, was das Arbeitsangebot betrifft. Den 52.400 wohnhaft Erwerbstätigen steht eine Arbeitsbevölkerung von knapp 79.000 Personen gegenüber, woraus sich ein Pendlerindex von 150 errechnet. In allen anderen Bezirken hingegen reicht das Arbeitsplatzangebot für die dort wohnenden Erwerbstätigen nicht aus (Index des Pendlersaldos ist kleiner als 100).

Insgesamt 6 von 10 Tagespendlern fahren mit dem PKW zur Arbeit. Betrachtet man nur jene Personen, die über die Gemeindegrenzen auspendeln, steigt diese Quote incl. Mitfahrer auf fast 77 Prozent. Mit einem öffentlichen Verkehrsmittel pendeln hingegen nur ca. 15 Prozent der Bevölkerung zur Arbeit.

Eine detaillierte Auswertung der Pendlerströme wird seitens der Verkehrsplaner in Kürze in Angriff genommen.

### Das Auto ist das beliebteste Verkehrsmittel

Verkehrsmittel	Gemeindebinnenpendler		Gemeindeauspendler*		Insgesamt in %
	absolut	in %	absolut	in %	
Keines (zu Fuß)	31.501	29,0	914	0,6	12,3
Auto als Fahrer	43.309	39,8	107.143	69,0	57,0
Auto als Mitfahrer	5.080	4,7	11.772	7,6	6,4
Motorrad, Moped	2.030	1,9	1.941	1,3	1,5
Eisen-, Straßenbahn	1.753	1,6	11.924	7,7	5,2
Autobus	9.881	9,1	17.006	11,0	10,2
Fahrrad	14.434	13,3	3.150	2,0	6,7
Sonstiges	252	0,2	284	0,2	0,2
Wechselnde Arbeitsstätte	470	0,4	1.092	0,7	0,6
<b>Gesamt</b>	<b>108.710</b>	<b>100</b>	<b>155.226</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

\* Die Zahlen in der Tabelle beziehen sich nur auf die Tagespendler.

[www.tirol.gov.at/statistik](http://www.tirol.gov.at/statistik)

## Erhebung der Freizeitwohnsitze in den Tiroler Gemeinden

Gem. § 13 TROG 2001 sind die Tiroler Gemeinden verpflichtet, Verzeichnisse der gemeldeten Freizeitwohnsitze zu führen. Im Rahmen einer Kooperation zwischen den Abteilungen Tourismus und Raumordnung – Statistik des Amtes der Tiroler Landesregierung erfolgte im Laufe des Jahres 2003 eine Erhebung bei den Gemeinden mit dem Ziel, die in diesen Verzeichnissen enthaltenen Daten zusammenzuführen.

### Aus dieser Erhebung geht hervor, dass

- es in Tirol derzeit 15.464 Freizeitwohnsitze gibt;
- sich ein Drittel der Freizeitwohnsitze im Bezirk Kitzbühel befindet;
- sich 80 Prozent der Freizeitwohnsitze auf die Bezirke Innsbruck-Land; Schwaz, Kitzbühel und Kufstein verteilen;
- die Durchschnittsgröße der Freizeitwohnsitze bei 59 qm liegt;
- knapp 80 Prozent der Eigentümer der Freizeitwohnsitze Österreicher sind, weitere 17 % sind deutsche Staatsbürger;
- die Hälfte (50,1 %) der derzeit Verfügungsberechtigten Österreicher sind, weitere 46 Prozent sind deutsche Staatsbürger;
- in 14 Tiroler Gemeinden keine Freizeitwohnsitze existieren.



Freizeitwohnsitze nach Bezirken  
Stand: Februar 2004

Bezirk	Freizeit- Wohnsitze	Anteil in Prozent
Innsbruck-Stadt	189	1,2
Imst	401	2,6
Innsbruck-Land	2.282	14,8
Kitzbühel	5.218	33,7
Kufstein	2.693	17,4
Landeck	755	4,9
Lienz	802	5,2
Reutte	903	5,8
Schwaz	2.221	14,4
<b>Tirol</b>	<b>15.464</b>	<b>100,0</b>

# Mobilitätsforschung im Innsbrucker Umland als Grundlage für Entscheidungen im Verkehrsbereich

Ekkehard Allinger-Csollich, Jörg Angerer

*„Mega-Stau“, „der totale Verkehrskollaps“ – Stichworte aus den Medien. Der Sündenbock wird in der Verkehrsplanung wie auch der Raumplanung gesucht. Das Mobilitätsverhalten der heutigen Zeit stellt die Planer jedenfalls vor enorme Herausforderungen.*

Es ist in der Fachwelt unwiderrspochen, dass der Verkehr zukünftig nur durch eine optimale Verwendung aller Verkehrsmittel abzuwickeln sein wird. „Optimal“ muss in diesem Fall die Komponenten Wirt-

schaftlichkeit (Investitionen, Betriebskosten und Zeitbedarf), Bedachtnahme auf die Umwelt und die soziale Ausgewogenheit beinhalten. Themen, die im Begriff „Nachhaltigkeit“ zusammengefasst werden können.

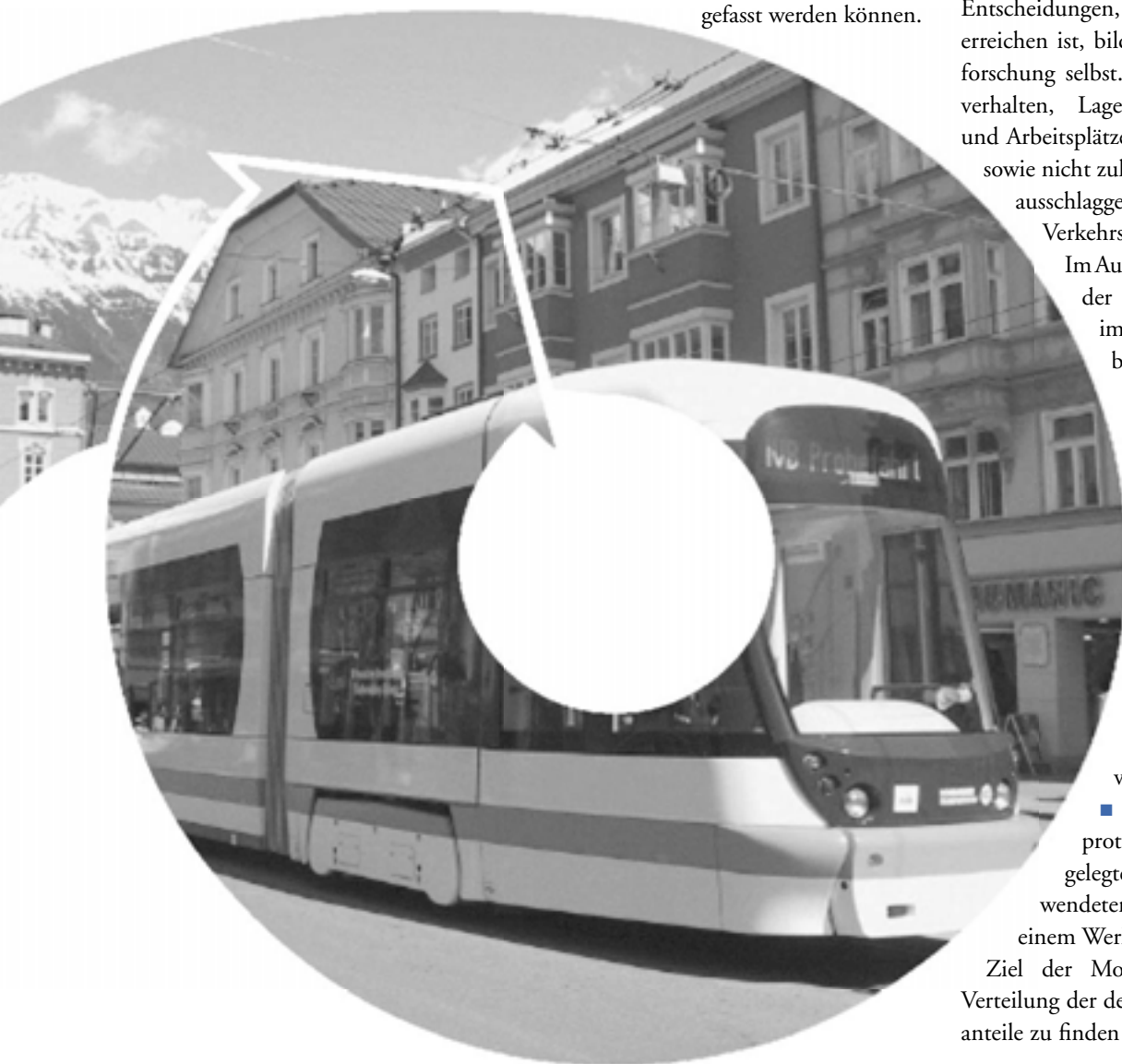
**Das Ziel ist definiert:  
Die erforderliche Mobilität langfristig sicherstellen.**

Eine Grundlage für die erforderlichen Entscheidungen, wie dieses Ziel zu erreichen ist, bildet dabei die Mobilitätsforschung selbst. Freizeit- und Einkaufsverhalten, Lage der Wohnsiedlungen und Arbeitsplätze, Zeitbedarf und Kosten sowie nicht zuletzt Bequemlichkeit sind ausschlaggebend für die Wahl des Verkehrsmittels.

Im Auftrag des Landes Tirol und der Stadt Innsbruck wurde im Herbst 2002 eine Mobilitätsbefragung unter je 1.000 Testpersonen aus Innsbruck und dem Bezirk Innsbruck Land (inkl. dem Unterinntal bis Schwaz) durchgeführt. Die Schwerpunkte lagen neben allgemeinen Fragen zur Mobilität dabei auf zwei Hauptpunkten:

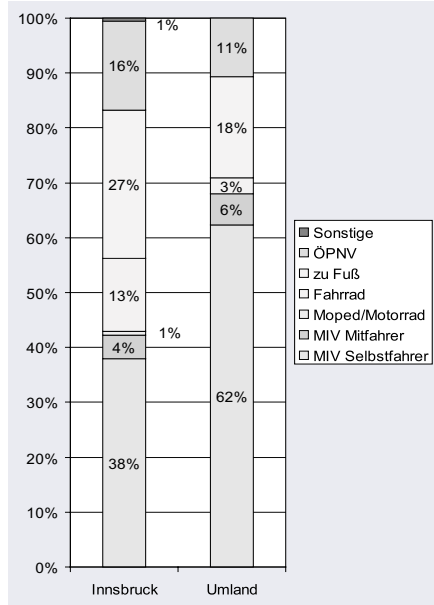
- Untersuchung des Freizeit- und Einkaufsverhaltens
- Erstellen eines Wegprotokolls über die zurückgelegten Wege und die verwendeten Verkehrsmittel an einem Werktag

Ziel der Mobilitätsanalyse war, die Verteilung der derzeitigen Verkehrsmittelanteile zu finden und somit Potentiale für





eine verbesserte Abwicklung des Verkehrs und Verlagerungen vom motorisierten Individualverkehr (MIV) zum Umweltverbund (Bus, Bahn, Fahrrad, zu Fuß) definieren zu können.



Modal Split aller Wege



### Modal Split

Unter Modal Split versteht man im Bereich der Verkehrsplanung die Aufteilung des Verkehrs auf die verschiedenen Verkehrsträger.

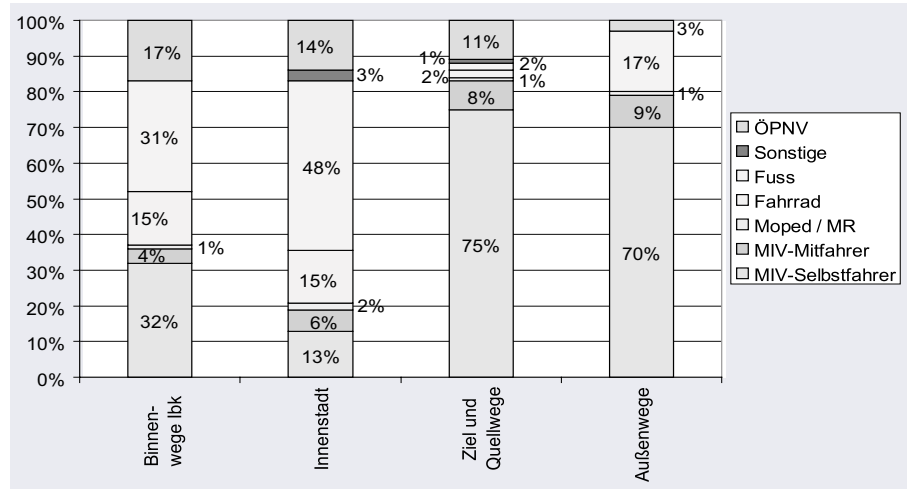
Betrachtet man alle zurückgelegten Wege, so nutzen 42 % der Innsbrucker das Auto, 40 % nützen die eigenen Körperkraft (Fahrrad und zu Fuß) und rund 16 % fahren mit Bus oder Bahn. Umlandbewohner bewältigen 68 % ihrer Wege mit dem Privat- Kfz, 11 % der Wege werden mit dem ÖV zurückgelegt und nur rund ein Fünftel mit dem Fahrrad oder zu Fuß.

Für die Verkehrsplanung weiters maßgebend ist die Beziehung der Wege (Quell-Ziel-Matrix) und die Weglänge, die mit den einzelnen Verkehrsmitteln zurückgelegt wird.

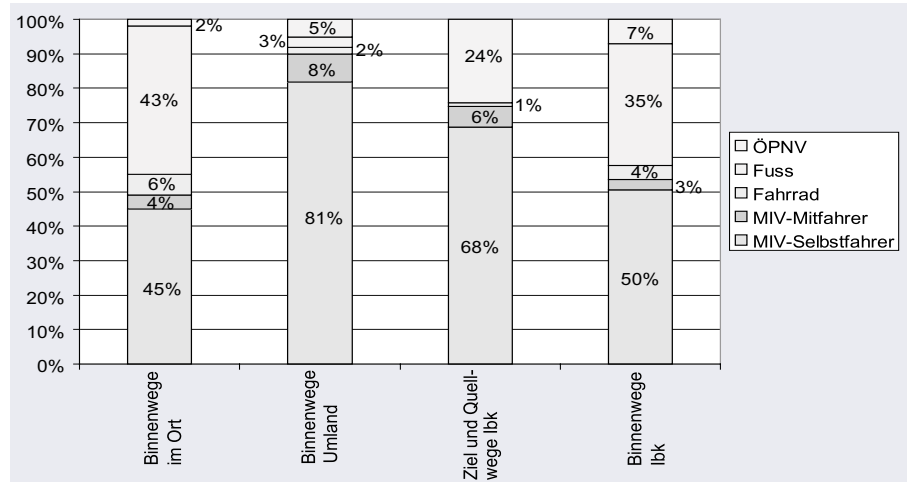
Bewohner aus Innsbruck benützen für ihre Wege in der Stadt mehrheitlich

Verkehrsmittel des Umweltverbundes, sobald die Stadt verlassen wird, überwiegt das Auto als Transportmittel. Fast jeder zweite Umland-Bewohner greift für einen Weg innerhalb der eigenen Gemeinde auf den Pkw zurück (auch bei Wegen unter 3km Länge). Wege zwischen Gemeinden (ohne Innsbruck Bezug) werden beinahe zu 90 % mit dem Auto zurückgelegt. Bei einer Fahrt nach oder von Innsbruck ist der Anteil des öffentlichen Verkehrs mit 24 % am höchsten.

Bei den Zielaktivitäten (Zweck des Weges) konnten auch große Unterschiede in der Verkehrsmittelwahl beobachtet werden. Besonders im „Bring- und Hol-Verkehr“ ist ein starker Anteil an MIV-Benutzern erkennbar (70 % in der Stadt, 77 % im Umland), bei dienstlichen bzw. geschäftlichen Wegen überwiegt auch im großen Maße das Kfz. Der Anteil des ÖV ist im Bereich der Ausbildung (Schülerverkehr)



Innsbruck-Stadt: Modal Split nach Wegbeziehungen



Innsbruck-Umland: Modal Split nach Wegbeziehungen

am stärksten vertreten (26 % in der Stadt, 40 % im Umland). Das Fahrrad hat seine größten Anteile in der Stadt bei Wegen zur Schule und zur Arbeit, am Land spielt es grundsätzlich eine untergeordnete Rolle. Zu Fuß gegangen wird in Innsbruck bei Besorgungen (54 %), zur Schule und ins Gasthaus. Im Umland weisen Besorgungen (46 %) und Wege ins Gasthaus sowie zum Sport den höchsten Anteil an Fußgängern auf.

Die durchschnittliche Wegdauer beträgt für die Bewohner der Stadt bei Benutzung des ÖV 28 Minuten, bei allen anderen Verkehrsmitteln maximal 20 Minuten. Auch bei den Umlandbewohnern ist die Fahrzeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln mit 41 Minuten mehr als doppelt so lang als mit den anderen Verkehrsträgern.

Im Mittel verbringen sowohl die Innsbrucker als auch die Bewohner der Region täglich etwa 1 Stunde und 25 Minuten im Verkehr.

## Grundsätze im Mobilitätsverhalten

Das Mobilitätsverhalten ist abhängig ...

- von der Verfügbarkeit des Verkehrsmittels sowie dem Zugang (z.B. Entfernung von der Haltestelle)
- vom Zeitaufwand,
- von den Kosten,
- von der Bequemlichkeit und
- der Sicherheit

Die Verkehrsplanung kann Rahmenbedingungen schaffen, die durch sogenannte PULL-Maßnahmen zum Umsteigen auf bestimmte Verkehrsmittel anregen (z.B. Ausbau des ÖV, Bau von Radwegen,...) oder durch PUSH-Maßnahmen einen gewissen Druck erzeugen (Parkraumbewirtschaftung, Fußgängerzonen,...). Eine Ausweitung des Angebotes für bestimmte Verkehrsmittel bedeutet in den meisten Fällen eine verstärkte Verwendung. Dies betrifft besonders den Straßenausbau im Zusammenhang mit der Kfz-Zunahme aber auch eine verstärkte Nutzung des ÖV bei einem verbesserten Angebot an Bussen und Bahnen (Taktverbindungen, Umsteigerelationen,...). Restriktionen bewirken dagegen einen Wechsel zu anderen Verkehrsträgern.

## Schlussfolgerungen

*Aus der vorliegenden Mobilitätsanalyse wurden im Bereich der Angebotsplanung folgende Schlussfolgerungen gezogen:*

### Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs

Die Fahrt mit Bus und Bahn muss schneller werden. Dies kann u.a. mit Fahrzeitverkürzungen durch ÖV-Priorisierung im Verkehr, Streckenoptimierung und besseres Wagenmaterial erreicht werden.

Besonders in den Beziehungen durch Innsbruck hindurch (z.B. von Völs nach Hall) weist der ÖV einen sehr geringen Anteil an. Durch die Errichtung von Durchmesserlinien (z.B. Telfs – Schwaz) werden mehr Relationen ohne Umsteigen ermöglicht. Die Planung der neuen Regionalbahn im Inntal zwischen Völs und Hall sowie der Ausbau der Stubaitalbahn schaffen zusätzliche Direktverbindungen, aber auch höhere Beförderungskapazitäten.

Die Realisierung regionaler Buskonzepte (Regiobusse) ermöglicht eine optimale Abstimmung des ÖV auf die Anforderungen und Gegebenheiten einer Region. Durch enge Zusammenarbeit mit den Gemeinden, Schulen, Tourismusverbänden, Seilbahngesellschaften etc. können kundenorientierte Taktverkehre, abge-

stimmte Umsteigeverbindungen, spürbar verbessertes Wagenmaterial und eine längerfristig gesicherte Finanzierung erreicht werden.

### Intensivierung des Radverkehrs

Das Fahrrad weist in Tirol trotz der sehr guten topografischen Bedingungen (wie z.B. in Innsbruck oder vielen Bezirksstädten) einen vergleichsweise geringen Anteil an den gewählten Verkehrsmitteln aus. Bei der Wahl des Fahrrades spielt besonders das gute Angebot an Radwegen eine große Rolle. Direktheit, Komfort, Sicherheit, Attraktivität und Zusammenhang stellen daher die grundlegenden Bemessungskriterien für ein funktionierendes Radverkehrsnetz dar. Radabstellanlagen an den wichtigsten Punkten der Stadt (Bike & Ride Anlagen, Schulen, Stadtzentren,...) müssen ein sicheres und bequemes (trockenes) Unterbringen der Räder ermöglichen.



## Verhaltensänderungen sind notwendig

Infrastrukturausbau im Bereich der Angebotsplanung stößt bald an seine – meist finanziellen – Grenzen. Eine langfristig, gesicherte Mobilität kann nicht nur durch den steten Ausbau neuer Strukturen erreicht werden. Dies trifft insbesondere auf den Ausbau von Straßen zu. Dieser erzeugt zwangsweise ein Mehr an Verkehr, was nicht mehr bewältigbar sein wird.

Das größte Potential bei Veränderungen im Mobilitätsverhalten liegt bei der persönlichen Einstellung und in den Änderungen der eigenen Gewohnheiten. Die Hebung des durchschnittlichen Besetzungsgrades bei Pkw von derzeit 1,2 Personen/Kfz auf 1,6 bewirkt eine Reduktion des Pkw-Verkehrs um 25 %! Eine derartige Entwicklung würde jeden Gedanken an weitere Straßenausbauten hinfällig machen.

Aber auch ein Umstieg bei jedem 10. Weg im Kurzstreckenbereich vom Auto auf das Rad oder den Weg zu Fuß würde eine Verschiebung im Modal Split verursachen, die ansonsten nur mit einem Millionenaufwand an Investitionen erreicht werden könnte.

Verkehrs- und Raumplaner müssen die richtigen Grundlagen für eine langfristig gesicherte Mobilität schaffen. Sie sind voraussetzend, aber nicht ausreichend für die notwendigen Verhaltensänderungen im Verkehr. Der tatsächliche Umstieg auf ein anderes Verkehrsmittel bzw. die effizientere Nutzung hat im Kopf jedes bzw. jeder einzelnen zu erfolgen.

Beim nächsten „Mega Stau“ oder „totalen Verkehrskollaps“ sollten wir das beachten. ■

## Strategische Umweltprüfung (SUP)

Am 21. Juli 2001 ist die „Richtlinie 2001/42/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme“ (Richtlinie über die Strategische Umweltprüfung – SUP) im Amtsblatt der EU veröffentlicht worden. Die Umsetzung dieser Richtlinie in nationales Recht ist in unserem Land als Tiroler Umweltplanungsgesetz vorgesehen.

Die Arbeiten zur Umsetzung der SUP-Richtlinie im Raumordnungsbereich wurden von der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) vorbereitet. Ziel der ÖROK-Arbeitsgruppe war die Erarbeitung eines Vorschlages für eine österreichweit einheitliche und einfache Methode zur Umsetzung der SUP-Richtlinie im Raumordnungsbereich.

### SUP-Pflicht

Sämtliche verpflichtend zu erstellende Pläne und Programme der überörtlichen und örtlichen Raumplanung sowie Änderungen dieser Planungen sind von der SUP-Richtlinie grundsätzlich erfasst. In der Regel kann aber erst im Verlauf einer Planung durch eine „Vorprüfung“ festgestellt werden, ob – abhängig vom obligatorischen (verpflichtenden) oder konditionalen Geltungsbereich – eine SUP-Pflicht besteht oder nicht.

Im Rahmen des derzeit üblichen Planungsablaufes im Raumordnungsbereich sind daher im Hinblick auf die Erweiterung durch die SUP insbesondere die Planungsschritte einer „Vorprüfung“ hinsichtlich der obligatorischen SUP-Pflicht und allfällig eines „Screenings“ hinsichtlich der „voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen“ ergänzend durchzuführen. Die Prüfung und Entscheidung, ob eine SUP durchzuführen ist und welcher Untersuchungsrahmen festgelegt wird, erfolgt durch die zuständige Raumordnungsbehörde in Abstimmung mit den Umweltbehörden.

### SUP-Umsetzung

Eine Schwierigkeit bei der Beurteilung von „voraussichtlich erheblichen Umweltwirkungen“ besteht in der Raumplanungspraxis grundsätzlich darin, dass für spätere Nutzungen „Gebiete“ geplant bzw. Widmungen festgelegt werden, für die zum Planungszeitpunkt noch nicht im Detail vorhersehbar ist, welche Projekte dort zustande kommen und welche „voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen“ dadurch gegeben sein können.

Bei bestimmten planerischen „Minimalfällen“, welche a priori keine „voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen“ erwarten lassen, werden insbesondere Kombinationen der folgenden drei Kriterien für die Identifizierung dieser „Minimalfälle“ relevant sein, sofern nicht besondere Schutzinteressen im Sinne der SUP-Richtlinie vorliegen:

- Art der geplanten Nutzung;
- Größe der geplanten Nutzungsfläche;
- Lage in Bezug zum Siedlungsverband bzw. zu allfälligen Schutzgebieten.

### SUP-Durchführung

Nach der allfälligen Entscheidung, dass eine SUP durchzuführen ist, ist der Umweltbericht im Sinne der SUP-Richtlinie zu erstellen. Dieser soll integraler Bestandteil des gesamten Erläuterungsberichtes zu den einzelnen Plänen und Programmen sein. Wird der Umweltbericht in Form eines Erläuterungsberichts erstellt, muss für die Öffentlichkeit erkennbar sein, dass es sich um den Umweltbericht handelt. Daher ist dieser als „Umweltbericht“ zu bezeichnen.

Vor Entscheidung und Annahme eines Planes oder Programms muss eine Konsultation mit den Umweltbehörden (allenfalls auch mit Nachbarstaaten) und ein Stellungnahmeverfahren mit öffentlicher Beteiligung durchgeführt werden. Die Entscheidung ist zu begründen und zu veröffentlichen. ■

# Die Gewinnung von mineralischen Gesteinsrohstoffen in Tirol

Hermann Knoflach

*In dieser landesweiten Bearbeitung der Thematik werden Bedarf und Produktion von Gesteinsrohstoffen gegenüber gestellt. Grundsätze und Kriterien für die Gewinnung solcher Rohstoffe sollen deren Bereitstellung langfristig sichern.*

Die wichtigsten Inhalte des nun als Entwurf vorliegenden Raumordnungsplanes für die Gewinnung von mineralischen Gesteinsrohstoffen in Tirol sind :

- Eine umfassende Bestandsaufnahme der vorhandenen Rohstoffgewinnungen Tirols und eine Ermittlung der benötigten Rohstoffmengen;

■ die Erfassung der bewilligten und weiteren Reserven;

- die Festlegung von Grundsätzen und Kriterien für die Gewinnung solcher Rohstoffe, einschließlich Hinweisen für Verbesserungs-

möglichkeiten bei den verschiedenen Genehmigungsverfahren hinsichtlich Koordinierung und Zeitbedarf.

Die Konzepterstellung wurde von einer „Rohstoffplattform“ begleitet, in der alle Bundes- und Landesstellen vertreten waren, die mit Rohstoffen zu tun haben, ebenso auch die Unternehmenseite sowie die Wirtschaftskammer.





## Die aktuelle Produktionssituation

*In Tirol werden jährlich etwa 7,2 Millionen Tonnen Gesteinsrohstoffe gewonnen, das entspricht 10,5 Tonnen pro Einwohner und Jahr.*

### Rohstoff für die Bauindustrie

Der Bausektor in Österreich erwirtschaftet etwa 7,5 % des Österreichischen Bruttoinlandsproduktes. An dieser Wertschöpfung sind die Anteile durch die Gewinnung von Baurohstoffen bescheiden. Dennoch ist die Rohstoffbasis von eminenter Bedeutung für die Bauwirtschaft. Bezüglich Erzeugung und Bedarf lagen bislang keine brauchbaren Zahlen für Tirol vor.

In einem 1. Schritt wurden daher sämtliche Unternehmer Tirols interviewt, um Produktionsziffern zu erhalten. Es wurde dabei von der Annahme ausgegangen, dass sich Import und Export von mineralischen Baurohstoffen etwa die Waage halten, und dass die Erzeugungszahlen somit auch den Verbrauchszahlen entsprechen.

Diesen Erhebungen zu Folge wurden 2002 in Tirol etwa 7,2 Millionen Tonnen an Gesteinsrohstoffen gewonnen. Etwa 5 % dieser Menge werden dabei aus Recyclingmaterial, hauptsächlich aus Bodenaushubmaterial hergestellt. Bei der derzeitigen Einwohnerzahl errechnet sich somit ein spezifischer Verbrauch von ca. 10,5 Tonnen pro Einwohner und Jahr.

### Regionale Unterschiede

Eine Analyse auf Bezirksebene ergibt, dass die Angebots- und Nachfragesituation sehr unterschiedlich ist. Im Wesentlichen ergibt sich dies aus der Lage der größeren Lagerstätten und der Verteilung der Bevölkerung sowie für kürzere Zeiträume

auch aus der Abwicklung von Großbauprojekten.

Auffällig ist dabei ein Defizit der Bezirke Innsbruck Stadt/ Land in der Höhe von rund einer Million Tonnen pro Jahr. Diese Mengen werden im Wesentlichen aus den Nachbarbezirken herangeführt, woraus sich die Produktionsüberschüsse in Imst, Landeck und Schwaz erklären lassen. Der Überschuss im Bezirk Kitzbühel ist durch die Produktion von Diabaskies zu erklären, der in alle Landesteile und auch in die benachbarten Regionen verkauft wird.

### Versorgung mit Mineralrohstoffen in den Bezirken

Bezirk	Einwohner 2002 <sup>1)</sup>	Bedarf t/Ew/a <sup>2)</sup>	Nachfrage in 1000 t/a	Nettoproduktion in 1000 t/a	Saldo in 1000 o/a	Anzahl der Abbaue <sup>3)</sup>
Imst	53.676	11	590	750	+ 160	9
Innsbruck-Stadt Innsbruck-Land	271.548	9,5	2580	1.500	- 1.080	13
Kitzbühel	59.839	12	720	1070	+ 350	13
Kufstein	95.104	11,5	1090	940	- 150	6
Landeck	44.295	11,5	510	770	+ 260	7
Lienz	50.410	9	450	520	+ 70	12
Reutte	31.839	9,5	300	230	- 70	12
Schwaz	75.927	12	910	1380	+ 470	5
<b>TIROL</b>	<b>682.638</b>	<b>10,5</b>	<b>7.150</b>	<b>7.160</b>	<b>+ 10</b>	<b>77</b>

1) Landesstatistik Tirol, Einwohnererhebung 2002.  
 2) Indikator Wohnbauräte in den Bezirken 2000-2002 (Tiroler Wohnbaustatistik, Amt der Tiroler Landesregierung, Abteilung Raumordnung-Statistik, 2003).  
 3) Abbaue mit einer Jahresproduktion über 5.000 Tonnen, Förderung 2002; ohne Zementabbaue.



## Reserven

Auch die Größenordnung der bewilligten Vorräte ist in den einzelnen Bezirken sehr unterschiedlich. So weisen die Bezirke Imst, Innsbruck Land, Kitzbühel, Lienz und Schwaz Vorräte für 6 bis 10 Jahre auf. Die Vorräte des Bezirkes Kufstein reichen für etwa 15 Jahre, während der Bezirk Landeck – allerdings konzentriert auf den Raum Schönwies-Zams – Vorräte für 50 Jahre bewilligt hat. Der Bezirk Reutte wird weit überwiegend aus Lechschottern versorgt, deren Anlieferung hochwasserabhängig ist.

## Spezielle Rohstoffe

### Wasserbau und Werksteine

Hier liegt der Bedarf bei etwa 400.000 Tonnen pro Jahr. Die Verteilung der Gewinnungsstätten ist nicht ideal, doch hat sich die Versorgungssituation auf Grund einiger neuerer Abbaubewilligungen wesentlich entspannt, und auch die Verteilung der Rohstofflagerstätten hat sich verbessert.

### Hartsplitt und Gleisschotter

Die Gewinnung solcher Rohstoffe erfolgt derzeit nur an einer Stelle im Bezirk Kitzbühel. Die Vorräte sind hier außerdem begrenzt. Es wurden in Tirol einige abbauwürdige Vorkommen festgestellt, die Erschließung eines weiteren Abbaues in den nächsten Jahren wäre aus Sicht der Versorgungssituation sinnvoll.

### Zementrohstoffe

Für die Zementversorgung Tirols sind im Wesentlichen zwei Zementwerke wichtig, nämlich ein Zementwerk südlich von Rosenheim und eines in Vils bei Reutte. Von diesen beiden Erzeugern werden in Tirol jährlich rund 0,9 Millionen Tonnen an Zementrohstoffen in Form von Kalk und Mergel abgebaut. Beide Zementwerke verfügen über bewilligte Rohstoffreserven für die nächsten zwei bis drei Jahrzehnte. Weitere abbaubare Reserven sind vorhanden.



## Perspektiven der Versorgungssituation, Rohstoffreserven

*Die Versorgungssituation Tirols ist kurz- und mittelfristig generell zufriedenstellend. Langfristig ist die Versorgung in größeren Teilen des Landes nach derzeitigem Bewilligungsstand nicht gesichert.*

Insbesondere im Großraum Innsbruck fehlen nahe gelegene Lagerstätten mit kurzen Transportdistanzen in diesen Raum. Erschließbare Reserven sind durchwegs vorhanden.

Aus Recyclingquellen werden wohl auch in Zukunft nur max. 10% – 15% des Rohstoffbedarfes abgedeckt werden können. Langfristig ist damit zu rechnen, dass die Rohstoffgewinnung zunehmend auch aus Trichterabbauen und in speziellen Fällen auch aus Unter-Tag-Abbaun gedeckt wird.

### Ergebnisse rohstoffgeologischer Untersuchungen

In den letzten 15 Jahren wurden für viele Teile Tirols rohstoffgeologische Untersuchungen erstellt. Die Ergebnisse zeigen, dass es zwar nicht leicht ist, angesichts der dichten Besiedlung Tirols raum- und umweltverträgliche und zugleich verkehrsgünstig gelegene neue Lagerstätten zu finden, dass solche aber doch in ausreichender Zahl vorhanden sind. Aufgenommen wurden dabei

nur Lagerstätten, bei denen einer Rohstoffgewinnung nach derzeitigem Wissensstand aus Sicht der Raumordnung keine grundlegenden Ausschlusskriterien entgegen stehen dürften.

In einzelnen Fällen wird es überlegenswert sein, wichtige Rohstoffvorkommen über ein Raumordnungsprogramm nach § 7 TROG als Rohstoffvorbehaltsgebiet gegen andere Nutzungen zu sichern.

### Bedarf leicht rückgängig

Für die Zukunft ist anzunehmen, dass der Bedarf an mineralischen Baurohstoffen sich nicht grundlegend verändern wird. In der Tendenz ist eher mit leichten Rückgängen zu rechnen.

Die Qualitätsansprüche an die Rohstoffe werden entsprechend der Betonnormen eher zunehmen, die Qualität der vorhandenen abbaubaren Rohstoffe hingegen eher abnehmen. Daraus würde sich ergeben, dass die Aufbereitung der gewonnen Rohstoffe in Zukunft aufwändiger werden wird.

## Grundsätze und Kriterien für die Bewilligung und den Betrieb von Rohstoffgewinnungen

### Rohstoffsicherung:

- Öffentliches Interesse der Rohstoffsicherung im Mineralrohstoffgesetz
- Abwägung gegenüber konkurrierender Interessen; Interessensabwägung im MinroG, Forstrecht und Naturschutzrecht
- Sicherung wertvoller oder wichtiger Lagerstätten über das TROG
- Verbesserung der fachlichen Daten wie Produktion, Informationen über vorhandene Lagerstätten, Nutzung der im TIRIS verfügbaren Informationen für Vorbeurteilung und Planung.

### Gewinnungsbetriebsplan:

- Berücksichtigung in der Projektsplanung, bes. Informationen über die Lagerstätte, den Abbau und die Rekultivierung

### Nachhaltigkeit:

- Nachweis der Abbauwürdigkeit und der optimalen Nutzung
- Vorrang für die Erweiterung bestehender Abbaue
- Optimierung der Transportdistanzen zu Verbrauchsschwerpunkten; Verteilung der Abbaue
- Lösungen für entlegene Seitentäler
- betriebswirtschaftliche Grundsätze und Verwendung der Rohstoffe entsprechend ihrer Qualität
- künftige Qualitätserfordernisse besonders bezüglich Betonherstellung
- Stellenwert des Recyclings
- Wertschöpfung und Arbeitsplatzeffekte
- Einbindung der Betroffenen in den Planungsprozess – soziale Verträglichkeit

### Konkurrierende Nutzungsansprüche

Konsequenzen aus der meist großen Raumwirksamkeit von Rohstoffgewinnungen

- Siedlungsverträglichkeit – Lage zu Wohngebieten, Konsequenzen des Abtransportes
- Freihalten des Nahbereiches von Abbaugebieten
- Fragen des Natur- und Umweltschutzes – Schwere des Eingriffes in den Naturhaushalt
- Schutz wertvoller Biotop
- Fragen der Beeinträchtigung des Landschaftsbildes und deren Minimierung
- Rücksichtnahme auf Tourismuseinrichtungen
- Verträglichkeit mit der Landwirtschaft
- Schutz von Trinkwasservorkommen
- Berücksichtigung des Waldschutzes – aber auch Chancen, die Landschaftsbeeinträchtigung hinter Waldkulissen geringer zu halten

## Regionalentwicklung Bezirk Imst

### Gebündelte Kraft für die Region

Neustart für IRI und den LEADER-Verein Ötztal Mittleres Tiroler Oberinntal:

Mit Jahresbeginn wurden beide zum Verein Regionalentwicklung Bezirk Imst (Regio Imst) zusammengeführt.

Die Fusion der zwei bisherigen Vereine in eine gemeinsame Struktur soll vor allem die Effizienz der Regionalentwicklung für den Bezirk steigern. Neben den Kostenvorteilen, etwa durch die Zusammenlegung der Büroeinheiten, sollen vor allem Synergien in der strategischen Entwicklung, Vernetzung und der Projektentwicklung genutzt werden.

Der Regionalentwicklungsverein besteht aus zwei Geschäftsfeldern: Geschäftsfeld Imst und Geschäftsfeld LEADER mit je einem eigenen Geschäftsführer. Obmann ist Anton Auer. Der 15-köpfige Vorstand setzt sich aus je fünf Gemeinden der Geschäftsfelder „Imst“ und „Leader“, BH Dr. Raimund Waldner sowie den Sozialpartner zusammen. Dem neuen Verein mit Sitz in Silz gehören alle Gemeinden des Bezirkes mit Ausnahme von Arzl und St. Leonhard im Pitztal an.

„Zwei waren einer zuviel“, meinten die Verantwortlichen. Die Geschäftsführer und der Obmann informieren gemeinsam, was man in und für die Region erreichen will. Man möchte ein offenes Ohr für die Wünsche und Bedürfnisse der Mitglieder haben und Lösungsansätze für regionale Anforderungen bieten. Einen Schwerpunkt in dieser Informationsoffensive bilden die Gemeindegänge. Der Obmann und Geschäftsführer möchten mit den Bürgermeister und Gemeinderäten über die Aufgaben und Notwendigkeit der Regionalentwicklung diskutieren und gemeinsame Ziele anpeilen.



### Kontakt:

Regionalentwicklung Bezirk Imst  
Geschäftsfeld Imst  
Widumgasse 27  
6424 Silz  
Tel: 05263 / 51174  
e-mail: regionalentwicklung.imst@pline.at



# Die Plangrundlagen- und Planzeichenverordnung 2004

Hubert Höpperger

*Die Tiroler Landesregierung hat mit dem Landesgesetzblatt 13/2004 eine Verordnung erlassen, mit der die Plangrundlagen, die Form, die Maßstäbe und die Planzeichen für die örtlichen Raumordnungsinstrumente neu geregelt werden.*

Im Jahre 1994 wurde gemeinsam mit der Neufassung des Tiroler Raumordnungsgesetzes auch die erste Planzeichenverordnung des Landes Tirol aus dem Jahre 1973 überarbeitet. Dabei wurde der zunehmenden Bearbeitung von

Raumordnungsplänen auf digitaler Basis Rechnung getragen. Davor wurden die Verordnungspläne nur auf analoge Weise auf Papier bereitgestellt. Die damaligen technischen Hilfsmittel waren sowohl hinsichtlich der Rechnerleistung als auch im Hinblick auf die

möglichkeiten beschränkt. Stiftplotter waren in den meisten Büros vorhanden, vollflächige Darstellungen nur mit wenigen Spezialdruckern möglich.

## Elektronische Datennutzung

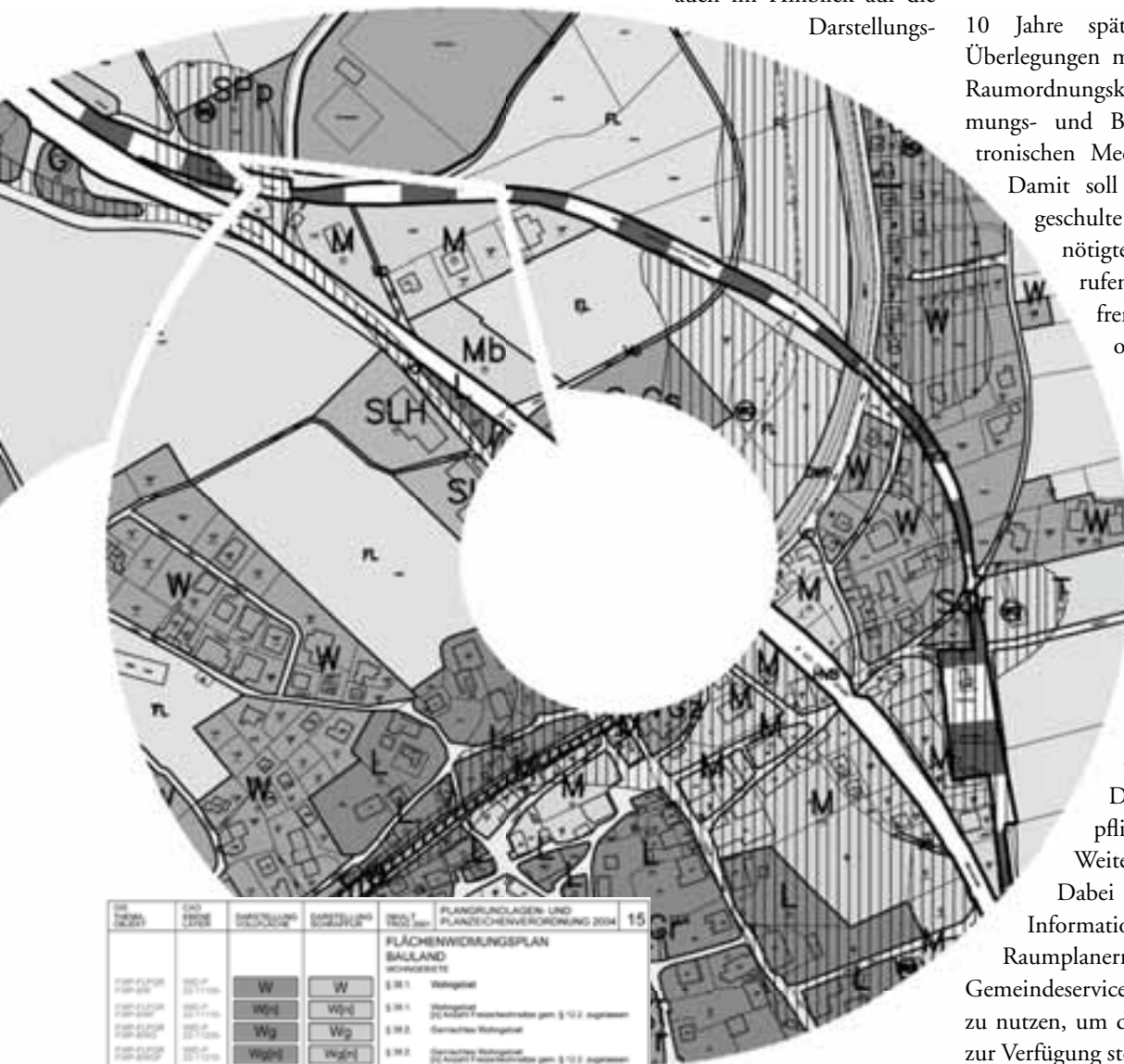
10 Jahre später sind hauptsächlich Überlegungen maßgebend, wie Örtliche Raumordnungskonzepte, Flächenwidmungs- und Bebauungspläne in elektronischen Medien dargestellt werden.

Damit soll auch der nichtfachlich geschulte Anwender die benötigten Informationen abrufen und sich dabei ohne fremde Hilfe im Raum orientieren können.

Zwar sind die rechtsgültigen Originale nach wie vor in Papierform gehalten, doch hat sich zwischenzeitlich das Schwergewicht der Nutzung auf digitale Medien verlagert.

Die Erarbeitung und Überprüfung der Pläne durch Fachleute, vor allem aber die rege Nutzung von Map-Server-Diensten im Internet verpflichten zur digitalen Weitergabe der Originaldaten.

Dabei gilt es die eingerichtete Informationskette zwischen den Raumplanern der Gemeinden und dem Gemeindeservice des tiris auch zeitgerecht zu nutzen, um die Informationen aktuell zur Verfügung stellen zu können.





### Wichtiges wird hervorgehoben

Die damals geführte Ideologiedebatte ob Schraffur- oder vollflächige Darstellung der Inhalte sinnvoll ist, wurde durch die Praxis der vergangenen Jahre hinfällig. Es hat sich gezeigt, dass eine sinnvolle Kombination beider Darstellungsarten zu den am besten lesbaren Ergebnissen der Planungsinhalte führt.

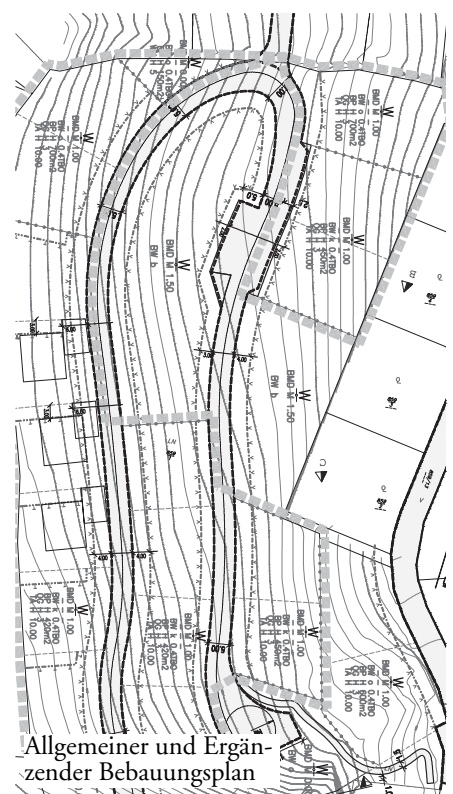
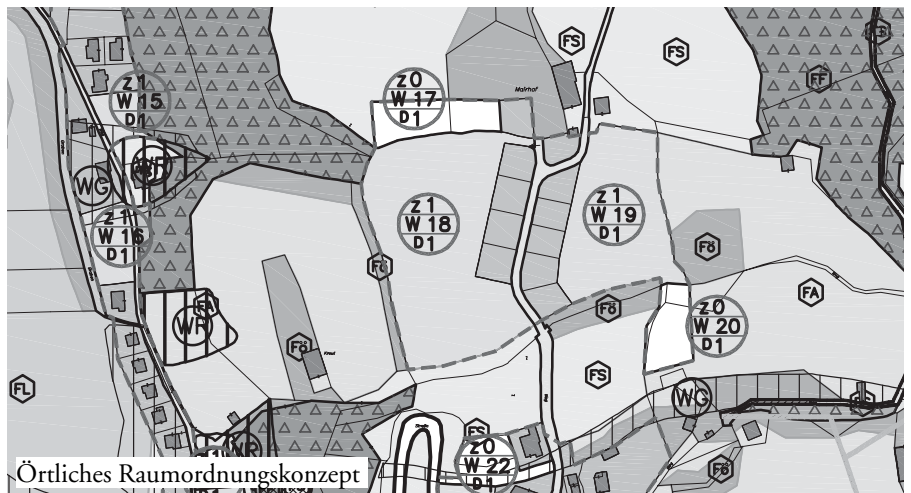
Die Plangrundlagen- und Planzeichenverordnung 2004 lässt daher beide Arten der Darstellung zu. Die flächenhaften Verordnungsinhalte, welche sich ohnehin nicht überlagern dürfen, sind als Vollflächen darzustellen. Die ergänzenden Inhalte der Bestandsaufnahme oder von Kenntlichmachungen sind ausschließlich als Schraffuren darzustellen. Damit ist sichergestellt, dass die im Grunde wesentlichen Verordnungsinhalte der Örtlichen Raumordnungskonzepte und der Flächenwidmungspläne uneingeschränkt und ohne Überlagerungen durch anderweitige Vollflächen lesbar bleiben.

### Bessere Orientierung

Ein weiterer wesentlicher Aspekt der Darstellungsvorschriften war jener, dass Inhalte der Örtlichen Raumordnungskonzepte und der Flächenwidmungspläne im Internet einer breiten Anwender- und Bevölkerungsschicht zur Verfügung gestellt werden. Damit sind spezielle Forderungen an Lesbarkeit und Orientierung im Raum gegeben. Daraus resultiert auch die Vorgabe der Verordnung, dass die für die Orientierung wichtigen Inhalte wie z.B. Gewässer und Straßen direkt in der Widmungsschicht dargestellt werden und nicht als Inhalt der Bestandsaufnahme in einer anderen Ebene abgelegt werden dürfen. Der Betrachter sieht neben den Widmungsfächern sofort Straßen und Wege, Gewässerläufe und optional auch Waldflächen - Inhalte, die neben den Grundstücksgrenzen eine wesentliche Orientierungshilfe darstellen. Analoges gilt für die Örtlichen Raumordnungskonzepte, in denen die Freihalte- und Entwicklungsflächen wie die Gewässer und Verkehrswege vollflächig dargestellt wer-



Die in den folgenden Kartenausschnitten dargestellte Siedlung



## Die wichtigsten Neuerungen

Was ist neu im Örtlichen Raumordnungskonzept:

- Die Strukturen der Planungsinhalte in Örtlichen Raumordnungskonzepten sind nach Planungsbestand und Entwicklungsziel besser gegliedert.
- Überlagerungen von Freihalteflächen sind nicht mehr vorgesehen.
- Ökologisch wertvolle Gewässerteile können nur extra dargestellt werden.
- Inhalte der Verordnungsebene wie Entwicklungs- und Freihalteflächen, sowie erforderliche Bestandsdaten sind in einer Ebene zusammengefasst, damit die bestmögliche Orientierung auch bei Abfrage über das Internet gewährleistet ist.

Was ist neu im Flächenwidmungsplan:

- Alle Verordnungsinhalte wurden in einer Ebene zusammengefasst, und wichtige Gliederungselemente in der Natur, wie Strassen und Gewässer integriert, um die bereits erwähnte Orientierung im Raum zu gewährleisten.
- Einige neue Widmungstypen wurden als Planzeichen aufgenommen.

Wichtig:

- Alle Layerstrukturen, welche bereits in der Verordnung des Jahres 1994 festgelegt wurden, bleiben erhalten, um eine problemlose Fortschreibung der Daten auch in Zukunft zu gewährleisten.
- Zusätzlich sind nunmehr auch für Inhalte, welche vom tiris-Datenaustauschvertrag mit den Gemeinden erfasst sind, die entsprechenden GIS-Objekttypen definiert.
- Es können somit CAD-Daten im DXF-Format, wie auch GIS-Daten im Format ESRI untereinander ausgetauscht werden.

Weiter Informationen im Internet:  
[www.tirol.gv.at/raumordnung](http://www.tirol.gv.at/raumordnung)

den. Diese Inhalte werden in einer Ebene verwaltet, um gleichzeitig eine Orientierungshilfe zu bieten.

## Einheitliche Plangrundlage

Grundlage jeder Planung bildet die aktuelle digitale Katastralmappe der jeweiligen Gemeinde. Bestandsdaten der Flächennutzung wie Verkehrsflächen, Gewässer, Wald sind grundsätzlich daraus zu entnehmen. Die Praxis der Aktualisierungen von Planungsbeständen hat gezeigt, dass es nicht sinnvoll ist, diese Grundinformationen der DKM selbstständig zu ergänzen, wie etwa durch fehlende Gebäude, weitere Wege oder Waldabgrenzungen. Diese Inhalte gehen bei der nächsten Aktualisierung der Plangrundlage wieder verloren, beziehungsweise sind sie auf Dauer nur mit enormem Aufwand aktuell zu halten. Ziel ist es, einen aktuellen Widmungsbestand in den Flächenwidmungsplänen zu halten, der mit der jeweiligen aktuellen DKM übereinstimmt.

## Alles wird genauer

Die Änderung von digitalen Planbeständen unter Verwendung aktueller Plangrundlagen bringt auch die Änderung der Genauigkeitserfordernisse mit sich. War es früher das freie Auge, welches die Überlagerung von Widmungs- und Grundstücksgrenze entschied, ist es nun das Computerprogramm, welches schon geringste Abweichungen der Koordinaten registriert. Bezieht sich der Planungsbereich der Änderung nur auf das neu vermessene oder im Naturstand berichtigte Grundstück, so verbleiben knapp außerhalb oftmals schmale Splitter der früheren Widmung. Diese können aus rechtlicher Sicht auch nicht durch die bloße Darstellung an den Typ der anschließenden Widmung angepasst werden, da sie sich ja außerhalb des Planungsbereiches befinden. Es ist daher wichtig, dass bei Planänderungen von den bisherigen Widmungsgrenzen ausgegangen wird und die durch Grenzänderungen entstandenen Widmungssplitter an den anliegenden Widmungstyp angepasst werden. ■

# kurzMeldung

## Bearbeitungsstand der Örtlichen Raumordnungskonzepte und der Flächenwidmungspläne

Bei den Örtlichen Raumordnungskonzepten liegt mit Ende Mai 2004 für 232 Gemeinden die rechtskräftige Genehmigung vor, was einen Anteil von 83 % bedeutet. In den Jahren 2003 und 2004 wurden die Konzepte von 98 Gemeinden genehmigt, woraus sich eine hohe Bearbeitungsintensität in den vergangenen 1 ½ Jahren interpretieren lässt. Darüber hinaus befinden sich die Raumordnungskonzepte von weiteren 23 Gemeinden in der fortgeschrittenen Begutachtungsphase beim Amt der Landesregierung.

Mit Stand Ende Mai 2004 waren die Flächenwidmungspläne von 58 Tiroler Gemeinden neu erlassen und aufsichtsbehördlich genehmigt. Damit können ca. 20 % der Gemeinden auf ein Planwerk neuer Generation verweisen. Bis zum Jahresende 2002 lag der genehmigte Flächenwidmungsplan für 30 Gemeinden in Tirol vor, für weitere 28 Gemeinden wurde die Genehmigung somit in den vergangenen 1 ½ Jahren erteilt. Nach Bezirken betrachtet liegt Innsbruck-Land mit derzeit 30 Gemeinden in der Genehmigungsstatistik klar voran, in Kufstein können immerhin noch 10 Gemeinden auf einen aktuellen Plan verweisen, der Bezirk Reutte verfügt derzeit noch über kein genehmigtes Planwerk. Der jeweils gültige Widmungsbestand kann direkt im Internet über die tiris Homepage (<http://www.tirol.gv.at/tiris>) eingesehen werden. ■

# Autorenverzeichnis

**Ekkehard Allinger-Csollich**

Dipl.-Ing., Gesamtverkehrsplanung, Amt der Tiroler Landesregierung

**Jörg Angerer**

Mag. Dipl.-Ing., Vorstand der Abteilung Gesamtverkehrsplanung,  
Amt der Tiroler Landesregierung

**Franz Fischler**

Dr., EU-Kommissar für Landwirtschaft,  
Entwicklung des ländlichen Raums und Fischerei

**Anna Hosp**

Dr., Landesrätin für Raumordnung der Tiroler Landesregierung

**Hubert Höpperger**

Dipl.-Ing., Raumordnung-Statistik, Amt der Tiroler Landesregierung

**Carola Jud**

Mag., Raumordnung-Statistik, Amt der Tiroler Landesregierung

**Manfred Kaiser**

Mag., Raumordnung-Statistik, Amt der Tiroler Landesregierung

**Hermann Knoflach**

Dr., Raumordnung-Statistik, Amt der Tiroler Landesregierung

**Robert Schuchter**

Dipl.-Ing., Daten-Verarbeitung-Tirol GmbH

**Herwig van Staa**

DDr., Landeshauptmann von Tirol

**Kurt Ziegner**

Dipl.-Ing., Forstplanung, Amt der Tiroler Landesregierung

**Bildernachweis (ohne Passfotos)**

*Titelseite* "Landeck" Fotoarchiv der Abteilung Raumordnung-Statistik  
*Seite 6, 8, 21, 22* MEV, *Seite 8* Informations- und Kommunikationseinheit,  
GD Regionalpolitik der Europäischen Kommission  
*Seite 11* Abt. Bodenordnung, *Seite 16* Abt. Forstplanung,  
*Seite 18* Deutsche Bahn, *Seite 20* Abt. Gesamtverkehrsplanung,  
*alle restlichen Bilder* Fotoarchiv der Abteilung Raumordnung-Statistik